



MEHR SELBSTVERANTWORTUNG – EINE CHANCE FÜR DÜNN BESIEDELTE RÄUME

Ergebnisse eines Workshops in Günne/Möhnesee im Oktober 2010

1 ▶ VORWORT

SEITE 02

2 ▶ EINFÜHRUNG

SEITE 03

3 ▶ STANDORTBESTIMMUNG ZUR GLEICH- WERTIGKEIT DER LEBENSVERHÄLTNISSE

SEITE 08

4 ▶ SUCHPROZESSE FÜR MEHR SELBSTVERANTWORTUNG

SEITE 16

5 ▶ AUSBLICK

SEITE 31

6 ▶ IMPRESSUM

SEITE 32

1 ▸ VORWORT

Die Denkwerkstatt der Montag Stiftungen greift Themen auf, die dringlich sind, aber eher tabuisiert werden. Die Montag Stiftung Urbane Räume beschäftigt sich mit Fragen der Chancengerechtigkeit in Städten. Wozu also die Auseinandersetzung mit peripheren dünn besiedelten ländlichen Räumen? Zum einen wird die in diesem Thema liegende Schärfe von der Politik verdrängt, die schwer zu verdauende Entwicklungen gern den Betroffenen vorenthält. Zum anderen ist gerade in den peripheren, sich ausdünnenden Räumen die Frage offen, ob den Bewohnern ähnliche Lebensbedingungen und Entwicklungschancen offen stehen wie andernorts.

Darum haben wir gemeinsam zu der Klausur »Selbstverantwortungsräume« eingeladen. Auf Anregung und unter Moderation von Jürgen Aring wurden mit den Teilnehmern aus staatlichen und kommunalen Verwaltungen, aus Verbänden und Stiftungen einige Kernfragen behandelt:

Müsste sich unsere Gesellschaft nicht bemühen, das grundgesetzliche Gleichwertigkeitsgebot der Lebensverhältnisse auch den Menschen im dünn besiedelten Raum dadurch anzubieten, dass in erreichbarer Zeit und Entfernung eine Mindestausstattung urbaner Standards geboten werden kann, und was sind diese Standards? Und müssen wir nicht bei schrumpfender Bevölkerung wenigstens den Menschen Rückzugsmöglichkeiten in eine urbane Grundstruktur bieten, ja, kann diese nicht erst gewährleistet werden, wenn nicht zu haltende Kleinsiedlungen und Weiler aufgegeben werden und mit deren Bevölkerung ein mit urbaner Qualität ausgestattetes Grundzentrum zukunftsfähig gemacht werden kann? Erste vorsichtige Lösungsansätze und Antworten auf diese Fragen werden schnell dem Vorwurf der neoliberalen Deregulierung ausgesetzt. Doch es geht genau um das Gegenteil: die Prozesse durch die Entwicklung selbstbewusster Positionen überhaupt wieder gestaltbar zu machen.

Die Montag Stiftungen haben die Möglichkeit, unabhängigen Raum für das Formulieren solcher Positionen zur Verfügung zu stellen. Wir sind keiner politischen Richtung, keinem Glauben

verpflichtet. Wir sind aber sehr wohl von unserem Stifter angehalten, Probleme zu behandeln, die sich unmittelbar auf die soziale Situation von Menschen auswirken werden. Die Ausdünnung und die Versorgungslücken im ländlichen Raum sind solche Probleme. Es muss offen und ohne Vorbehalte diskutiert werden, damit sozial, ökonomisch und ökologisch tragfähige Lösungen entwickelt werden können. Der Workshop ist ein Beitrag zu dieser Diskussion. Wir hoffen sehr, dass viele weitere Beiträge folgen.

Frauke Burgdorff

Montag Stiftung Urbane Räume gAG

Sigurd Trommer

Denkwerkstatt der Montag
Stiftungen gAG

2 ▶ EINFÜHRUNG

2.1 AUSGANGSLAGE

Die dünn besiedelten ländlich geprägten Räume in Deutschland stehen vor einem erheblichen Anpassungsprozess, weil sich bei sinkender Bevölkerung und Konzentrationsprozessen auf der Angebotsseite die Daseinsvorsorge in der gewohnten Form nicht mehr aufrecht erhalten lässt. Die infrastrukturelle Versorgung verschlechtert sich auf breiter Front. So sind vielerorts Dorfgemeinschaftshäuser nicht mehr finanzierbar. Schulen werden geschlossen und Standorte konzentriert. Ähnliches gilt für Kindergärten und Horte. Es mangelt an Hausärzten, wenn ältere Ärzte in den Ruhestand gehen und Praxen nicht nachbesetzt werden können. Ohne Auto ist die Mobilität in den betroffenen Räumen eine mühsame Angelegenheit. Bei der technischen Infrastruktur steigen die Wasserver- und -entsorgungskosten, Breitbandtechnologie fehlt in manchen ländlichen Räumen gänzlich oder ist auf einem dürftigen Stand. Sportanlagen sind nicht mehr finanzierbar. Feuerwehren müssen zusammengelegt und neu organisiert werden. Selbst das Sterben wird teurer, denn die Bewirtschaftungskosten für die Friedhöfe steigen.

Wer in den betroffenen Räumen lebt, im Bereich der Daseinsvorsorge arbeitet oder politische Verantwortung trägt, kann sehr persönliche Geschichten von den strukturellen Veränderungen berichten. Über die Medien wird der Wandel für die breite Öffentlichkeit aufbereitet. Unter Überschriften wie »Man wird Jeep und Handy brauchen«¹ oder »Von Not nach Elend«² zeichnen Journalisten ein drastisches Bild des Strukturwandels, das durch Beispiele untermauert wird.

Räumliche Konzentrationen, Angebotsausdünnungen, weitere Wege und qualitative Angebotsveränderungen werden die Zukunft der betroffenen Räume bestimmen und erzwingen eine Suche nach neuen Antworten. Als sicher kann gelten: Weder ist ein Wegsubventionieren der Probleme durch Eingriffe des Bundes und der Länder absehbar, noch ist eine grundsätzliche Umkehr der demographischen Entwicklungen durch Bevölkerungszug und massive Geburtenzunahme zu erwarten. Technische und organisatorische Innovationen, neue mobile

und telematische Angebotsformen schaffen einige neue Möglichkeiten, doch auch das wird nicht ausreichen.

Besonders betroffen ist der Nordosten Deutschlands, der in weiten Teilen traditionell sehr dünn besiedelt ist und zudem seit Jahren mit Bevölkerungsrückgang, geringen Nachwuchszahlen und einer unsicheren wirtschaftlichen Perspektive klarkommen muss. Doch auch in Teilen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins, in den Mittelgebirgen von Südwestfalen über Nordhessen bis Thüringen und Sachsen gibt es ähnliche Herausforderungen – allerdings aufgrund der traditionell höheren Bevölkerungsdichte auf einem etwas anderen Level. Auch das Saarland und Räume in Nord- und Ostbayern sind betroffen.

Seit Jahren läuft in den raumwissenschaftlichen Fachkreisen eine Diskussion über eine konstruktive Bewältigung des demographischen Wandels und die Sicherung der Daseinsvorsorge. Die Landespolitik in den betroffenen Ländern ist durchweg sehr aktiv. Eine Vielzahl von Modellvorhaben wurde in den betroffenen Räumen angeschoben, um Alternativen zu entwickeln. Dabei zeichnet sich ab, dass es einfache Antworten nicht gibt.

Vor Ort stellt sich vielfach bei Bürgern wie bei Politikern die Frage: »Wie geht es mit den ganz essentiellen Dingen des täglichen Lebens weiter? Welche Perspektiven gibt es für die Versorgung mit Infrastruktur, die Mobilität und die Lebenshaltungskosten?« Die Raumwissenschaftler und Planer betten dies in einen weiteren Kontext ein und fragen: »Wie steht es um das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse? Muss man über Standards und Erreichbarkeit neu diskutieren? Gilt es, Denkblockaden zu überwinden?«

1 »Man wird Jeep und Handy brauchen«. In: FTD kompakt vom 18.07.2006

2 Günter Lachmann: *Von Not nach Elend. Eine Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen*, München 2008 (Piper-Verlag)

2.2 MEHR SELBSTVERANTWORTUNG ALS NEUER RAHMEN?

Seit einiger Zeit wird in der Diskussion zur Bewältigung des demographischen Wandels in schrumpfenden dünn besiedelten Räumen auch gefragt, ob technische und organisatorische Anpassungen in einem ansonsten unveränderten gesellschaftlich-politisch-institutionellen Umfeld ausreichen. Trägt der ungeschriebene auf Wachstum, Umverteilung und einem spezifischen Rollenverständnis des Staates basierende Gesellschaftsvertrag in Deutschland in die Zukunft? Müssen erst Grundhaltungen und dann darauf aufbauende Gesetze den veränderten Bedingungen Rechnung tragen? Sind Verantwortlichkeiten zwischen oben und unten (d. h. zwischen staatlicher und kommunaler Ebene) sowie zwischen öffentlich und privat neu auszutarieren? Bedarf es eines institutionellen Umbaus in den betroffenen Räumen, um Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen?

Bereits 2004 hat der damalige Bundespräsident Horst Köhler für Aufregung gesorgt, als er in einer Rede indirekt das Postulat der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Frage stellte.³ Ähnlich wirkte 2009 die Veröffentlichung der Studie »Demographischer Wandel«, die vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegt wurde.⁴ Der damalige Bundesminister Wolfgang Tiefensee erschrak und erklärte flugs in einer extra anberaumten Pressekonferenz, dass die Politik den Vorschlägen der Gutachter nicht folgen werde. »Wir geben keinen Menschen auf, wir geben kein Dorf auf, wir geben keine Region auf«, wurde der Minister später von Jan Sternberg in einem Kommentar für die Wochenzeitung »Das Parlament« zitiert. Tatsache sei jedoch: »Die Menschen in den immer leerer werdenden Landstrichen kennen die Wahrheit schon längst.« Und der Kommentator fügte hinzu: »Keine Förderpolitik von oben, nur lokaler Mut und neue Ideen können den Niedergang stoppen – mehr Kompetenz für die Kommunen, Bürokratieabbau, Öffnungsklauseln. Auch das wissen wir seit Jahren. Zeit, dass es mal jemand ernst nimmt.«⁵

Tatsächlich scheinen die Impulse für eine Veränderung von unten kommen zu müssen – von den Kommunen, von zivilgesellschaftlichen Gruppen und von perspektivisch denkenden Einzelnen. Wenn sie eine neue Richtung des Denkens vorgeben und einfordern, dann besteht auch die Chance, dass »die große Politik« folgt. Dieser Gedanke wurde von Jürgen Aring in einem Aufsatz für den Präsentationskatalog zum Abschluss der internationalen Bauausstellung in Sachsen-Anhalt (iba stadtbau) auf die Formel »Selbstverantwortungsräume« gebracht.⁶ Die darin angelegten Gedanken starker Großkommunen, der Kompetenzverlagerungen zugunsten von Kommunen, die Schaffung von neuen Entscheidungsspielräumen durch Öffnungsklauseln für ländliche Räume sowie einer stärkeren Innen-außen-Raumdifferenzierung in den Gemeindegebieten erzeugten im IBA-Abschlussjahr eine positive Resonanz. So griff der Journalist und Publizist Jens Bisky die Idee für einen Beitrag in der Süddeutschen Zeitung auf und hob unter Bezugnahme auf die Selbstverantwortungsräume folgenden Gedanken hervor: »Ein neuer, mit der wachsenden Ungleichheit rechnender Gesellschaftsvertrag würde die räumlichen Unterschiede nicht in erster Linie als Problem betrachten, sondern auf sie mit angemessenen, flexiblen und differenzierten Regularien reagieren. Keine am Maßstab dicht besiedelter Regionen orientierte Qualitätsdiskussion, stattdessen die Frage, wie unter den gegebenen Umständen das Gemeinwesen am besten funktionierte.«⁷



Abb. 1: Aus der Diskussion

3 Köhler, Horst: »Jeder ist gefordert«.
Interview mit dem Magazin Focus
am 13.09.2004

4 Berlin-Institut für Bevölkerung und
Entwicklung: *Demographischer Wandel.
Ein Politikvorschlag unter besonderer
Berücksichtigung der neuen Länder*. Gut-
achten im Auftrag des Bundesministeri-
ums für Verkehr, Bau und Stadtent-
wicklung. Berlin 2009

5 Sternberg, Jan: »Viel Lärm um nichts«.
Gastkommentar in der Wochenzeitung
Das Parlament, Nr. 31 vom 27.07.2009

6 Aring, Jürgen: »Gleichwertige
Lebensverhältnisse – Inverse frontiers –
Selbstverantwortungsräume«. In: IBA
Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 (Hg.):
*Weniger ist Zukunft. 19 Städte –
19 Themen*, Berlin 2010 (Jovis Verlag),
S. 764–777

7 Bisky, Jens: »Rurale Republiken«.
In: *Süddeutsche Zeitung* vom 06.04.2010

2.3 WORKSHOPZIELE UND -STRUKTUR

Der kurze Einblick in die öffentliche Diskussion zeigt: Ideen, wohin die Reise gehen könnte, liegen auf dem Tisch. Und die Bereitschaft, über neue Strukturen und den Weg dorthin nachzudenken, nimmt zu. In dieser Situation möchten die Montag Stiftung Urbane Räume und die Denkwerkstatt der Montag Stiftungen den Suchprozess unterstützen, indem sie Diskurse organisieren. Deshalb luden sie im Herbst 2010 zu einem zweitägigen Workshop in das Gästehaus der Stiftung in Günne/Möhnesee ein.

Ziel war eine offene Diskussion über »mehr Selbstverantwortung für die und in den dünn besiedelten Räumen mit Bevölkerungsrückgang«. Dabei ging es sowohl um Standortbestimmungen als auch Suchprozesse.

(A) STANDORTBESTIMMUNGEN

Die aktuelle Diskussion bettet sich ein in länger laufende, größere Diskurse, zu denen eine Position bezogen werden muss. So stellt sich bei einem Leitthema »mehr Selbstverantwortung« unmittelbar die Frage der Beziehung zum Neoliberalismus mit seiner Staatskritik und der Ausrichtung auf Privatisierung und individuelle Eigenverantwortung. Ferner gibt es seit längerem eine Diskussion in Deutschland über das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Zum Teil wird darin ein verfassungsrechtlich verankerter Schutzwall für die individuelle Teilhabemöglichkeit an der jeweils zeitgenössischen Gesellschaft gesehen. Andere interpretieren das Gleichwertigkeitsziel als Absicherung für staatliches Funktionieren auf der Länderebene, das kleinräumlich und individuell durchaus eine große Vielfalt zulässt. So stellten sich für die Diskussion die Fragen: Wo steht der Diskurs »Gleichwertige Lebensverhältnisse neu interpretieren«? Inwieweit ist das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse einerseits als Richtungsziel unumstritten, und inwieweit kann es als gesellschaftlicher

Prozess unter veränderten Bedingungen neu ausgehandelt werden? Welche Spielräume und Richtungen sehen die Diskussionsteilnehmer für die Neuverhandlung?

(B) SUCHPROZESSE

Für die konkrete Ausgestaltung von »mehr Selbstverantwortung für die und in den dünn besiedelten Räumen mit Bevölkerungsrückgang« gibt es bisher keinen reifen fachlichen Diskurs, der ein konzeptionelles Gerüst mit einer empirischen Basis verknüpft und so politisch anschlussfähig ist. Stattdessen stößt man auf Ideen, Szenarien, Thesen, die weder systematisch ausgereift noch mit einer breiten Empirie unterfüttert sind. Sie geben Anregungen für Gegenwart und Zukunft und können weitere Diskurse und Forschungen anstoßen.

So stellten sich für die Diskussion in Günne die Fragen:

Wie könnte die Idee von mehr Selbstverantwortung konkret in einzelnen Handlungsfeldern ausgestaltet sein? Welche Hindernisse und Fragen treten auf, wenn man die allgemeine Idee auf konkrete Handlungsansätze herunterbricht? Welcher institutionelle Rahmen ist erforderlich, damit mehr Selbstverantwortung vor Ort erfolgreich umgesetzt werden kann?

Wie lebt es sich in Selbstverantwortungsräumen?

Zu der zweitägigen Diskussion am Möhnesee waren Experten mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Arbeitsfeldern eingeladen. Vertreten waren die kommunale Ebene (Kommune, Landkreis), die staatliche Ebene (Landesplanung) und die Forschung (universitär und außeruniversitär) sowie externe Berater und die Erfahrungen der iba-stadtumbau sowie der Vernetzungsstelle für den ländlichen Raum. Diese Akteure, die ihre Einschätzungen aus ihrer Arbeit in und mit dem ländlichen Raum speisen, wurden ergänzt durch Gäste (Stiftung, Medien), die berufsbedingt einen weiteren Blick auf die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse einbringen können. Trotz der Heterogenität der Diskussionsteilnehmer kann

der Kreis für sich keinen »umfassenden Blick« beanspruchen. Bei den Standortbestimmungen, aber noch mehr in den Suchprozessen stieß die Runde immer wieder auch an Erfahrungs- und Kompetenzgrenzen, die unterschwellig zum Wunsch nach weiteren Experten führten. Andererseits war der Kreis mit gut einem Dutzend Teilnehmern hinreichend überschaubar, so dass eine intensive Diskussion unter Beteiligung aller Teilnehmer stattfinden konnte.

WORKSHOP-TEILNEHMER

- ◆ Jürgen Aring, Prof. Dr., BFAG Meckenheim / Universität Kassel, FG Stadt- und Regionalplanung
- ◆ Sonja Beeck, Dr., iba stadtbau, Dessau / Universität Kassel FG Stadtentwicklung und Stadtmanagement
- ◆ Frauke Burgdorff, Vorstand Montag Stiftung Urbane Räume, Bonn
- ◆ Clemens Exner, NH Projektstadt, Kassel
- ◆ Isabell Friess, Vernetzungsstelle Ländlicher Raum, Bonn
- ◆ Hans-Peter Gatzweiler, Dr., Abteilungsleiter BBSR, Bonn
- ◆ Bernhard Heinrichs, Dr., MD a. D., Landesplanung, Görslow (bei Schwerin)
- ◆ Horst Hofmann, Landratsamt Hassberge, Haßfurt
- ◆ Beatrix Novy, Journalistin, Deutschlandradio, Köln
- ◆ Birgit Richtberg, Dr., Bürgermeisterin der Gemeinde Romrod (Vogelsbergkreis)
- ◆ Sabine Süß, Vorstand Schader Stiftung, Darmstadt
- ◆ Sigurd Trommer, Denkwerkstatt der Montag Stiftungen, Bonn
- ◆ Niklas Wever, Wiss. Mitarbeiter, Universität Kassel, FG Stadtentwicklung und Stadtmanagement

3 ▶ STANDORTBESTIMMUNG ZUR GLEICHWERTIGKEIT DER LEBENSVERHÄLTNISSE



Abb. 2: Aus der Diskussion

Die Teilnehmer des Workshops waren von vornherein dafür offen, die Gestaltungsmöglichkeiten für die dünn besiedelten ländlichen Räume in Zeiten des demographischen Wandels mit dem Ansatz »mehr Selbstverantwortung / Selbstverantwortungsräume« zu diskutieren. Sie waren sich gleichzeitig aber auch bewusst, dass schon die Formulierung »mehr Selbstverantwortung« nicht unumstritten ist, wenn sie den engen Diskussionszirkel des Workshops verlässt, der sich auf eine Ausdeutung verständigt hat. Kritiker könnten einwenden, die im Ansatz »mehr Selbstverantwortung« angelegte Forderung nach mehr Entscheidungsspielräumen zur Ermöglichung räumlich sehr unterschiedlicher Lösungen stehe im Widerspruch zum Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Insofern war hier zunächst Orientierung erforderlich, die sich in vier Diskussionsschwerpunkten niederschlug:

- ▶ Gleichwertige Lebensverhältnisse – ein Richtungsziel
- ▶ Grundrichtung einer Neuinterpretation des Gleichwertigkeitszieles
- ▶ Weitere Denkanstöße zur Neuinterpretation
- ▶ Den Blick auf die örtliche Ebene richten

In der Diskussion nahmen die Teilnehmer des Workshops immer wieder Bezug auf den weiteren Fachdiskurs. Die Dokumentation berücksichtigt dies, indem sie die Beiträge der Diskussion im Sinne der Teilnehmer zu einer klaren Standortbestimmung verdichtet. Dabei wird jeder Diskussionsschwerpunkt durch einige Einzelzitate illustriert.

3.1 EIN RICHTUNGSZIEL

Seit den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland ist der Gedanke des räumlichen Ausgleichs zwischen leistungsstarken und -schwachen Räumen als politische Aufgabe präsent. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind das räumliche Pendant des im Grundgesetz in Art. 20 verankerten Sozialstaatsprinzips, das darauf abzielt, individuelle Lebensrisiken zu reduzieren, unverschuldete negative Folgewirkungen der Marktwirtschaft abzufedern und so soziale Gerechtigkeit und Sicherheit herzustellen.

Das räumliche Ausgleichsziel wird zuvorderst sichtbar in den Finanzausgleichen zwischen den Ländern und zwischen den Kommunen (Länderfinanzausgleich, kommunaler Finanzausgleich) sowie durch die Finanzaufweisungen der Länder an die Kommunen. Auch ist der Bund durch das Grundgesetz ermächtigt, gesetzgeberisch tätig zu werden, wenn die Unterschiede zwischen den Ländern die Einheit des Staates gefährden.

Darüber hinaus sind das Sozialstaatsprinzip und der damit verbundene Wunsch nach gleichwertigen Lebensverhältnissen stark in den Köpfen der Menschen verankert. In einem zwar ungeschriebenen, aber klar wahrnehmbaren »Gesellschaftsvertrag« sind relativ deutliche Muster des menschlichen Denkens, Fühlens und Handelns erkennbar. Die politische Entwicklung der Gesellschaft findet weitestgehend innerhalb dieses »Gesellschaftsvertrags« statt. Im öffentlichen Diskurs zeigt sich schnell, welche Veränderungen die Gesellschaft akzeptieren oder nicht hinnehmen will. Es zeigen sich Erwartungen und klare Vorstellungen, wo Grenzen von Standards besser nicht unterschritten werden sollten. Darüber hinausgehende Veränderungen sind sehr schwierig.

Ungeachtet dessen besteht Einigkeit dahingehend, dass Sozialstaatsprinzip und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse keine absoluten Ziele, sondern Richtungsziele sind, die gewisse Unterschiede tolerieren und um deren konkrete Ausgestaltung politisch heftig gerungen werden kann. Doch dem Grundgedanken eines sozialen Ausgleichs und sozi-

aler Gerechtigkeit entzieht sich kaum jemand, er prägt das politische Denken und Handeln des Landes. Die Vorstellung von sozialer und räumlicher Gerechtigkeit hat sich – unabhängig von gesetzlichen Regelungen – über die Jahre so fest in den Köpfen verankert, dass der von den Bürgern akzeptierte Korridor der Unterschiede eng begrenzt ist. In der Pflicht sieht man »den Staat« oder, etwas salopper formuliert, »die da oben«.

Das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse ist seit nunmehr 60 Jahren auch ein Thema der Raumordnung und Landesplanung. Seit der Nachkriegszeit ist die deutsche Raumordnung auf Wachstumskontexte ausgerichtet gewesen und hat mit ihren Instrumenten, wie dem Zentrale-Orte-Konzept, an einer Verminderung der Disparitäten im Bundesgebiet gearbeitet. Insbesondere die ländlichen Räume wurden durch ein ganzes Netz von Versorgungszentren (Klein- und Mittelzentren) in ihrer Entwicklung gefördert. Nur so hat der deutsche ländliche Raum den derzeitigen hohen Standard an Infrastruktureinrichtungen überhaupt erreichen können.

ZITATE AUS DER DISKUSSION

»Das Ziel ›gleichwertige Lebensbedingungen‹ tragen wir jetzt schon seit 50 Jahren vor uns her, seitdem es das Raumordnungsgesetz gibt.«

»Es ist ein Ausdruck des Sozialstaatsprinzips so wie andere gesellschaftliche Werte. Das Prinzip der Gleichwertigkeit ist kein Statusziel sondern ein Richtungsziel.«

»Das Ziel ›gleichwertige Lebensverhältnisse‹ ist ja schon sehr weich formuliert und toleriert durchaus Unterschiede. An dem Ziel hält man jedoch nach wie vor fest.«



Abb. 3: Aus der Diskussion

»Das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse steht außer Frage! Die Gegenposition wäre die Ungleichheit zu fordern oder die Gleichwertigkeit abzuschaffen. Auf der anderen Seite stellt sich immer deutlicher heraus, dass die Gleichwertigkeit eigentlich eine Lüge ist. Vielleicht ist es ein Kommunikationsproblem.«

»Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist – insbesondere auf der interregionalen Ebene – ein weiterhin vernünftiges Richtungsziel, das aber erhebliche Toleranzen in Bezug auf Disparitäten zulässt.«

»Eine komplette Nivellierung regionaler Disparitäten wird es nicht geben und das ist in der Gesellschaft auch akzeptiert.«

3.2 NEUINTERPRETATION DURCH MEHR SELBSTVERANTWORTUNG?

Immer wieder hört man, dass das Gleichwertigkeitsziel angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen (demographischer Wandel, öffentliche Finanzknappheit,⁸ Metropolisierungs-Peripherisierungstendenzen und Konzentrationsprozesse bei Infrastrukturanbietern) neu interpretiert werden müsse. Das galt auch für die Diskussion in Günne.

Dabei klingt »Neuinterpretation« oft nach einem Kompromiss, mit dem man sich einerseits zu Veränderungserfordernissen bekennen kann und andererseits die Grundformel der gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht ändern muss. Damit werden entweder die Konflikte zwischen Realität und Ziel verschleiert, oder aber es wird von einem marginalen Korridor von Veränderungen ausgegangen.

Die Workshopteilnehmer waren sich dieser Problematik bewusst, und sie waren gewillt, eine Perspektive für die Neuinterpretation aufzuzeigen. Sie riefen sich dazu vor Augen, wie die Operationalisierung des Gleichwertigkeitsziels über Jahrzehnte durch Regulierungen, Normierungen, Standardsetzungen und flankierende (verpflichtende) Investitionen vorangetrieben wurde. Dabei habe sich das Verhältnis zwischen staatlicher und kommunaler Ebene verschoben. Bund und Länder seien von Helfern zu allgegenwärtigen Bestimmern geworden. So sei im politischen Alltag das Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu einem Versorgungsbegriff geworden.

Der Staat (Bund und Länder) leite aus dem Gleichwertigkeitspostulat ab, Standards zu definieren und eine Ausgleichspolitik zu betreiben. Das war lange durchaus im Interesse von strukturschwachen Kommunen und Regionen. Die faktische Verbesserung von Lebensbedingungen gehe jedoch auch mit der Reduktion von Entscheidungskompetenzen in den Kommunen einher. Sie seien mehr und mehr zu ausführenden Organen der staatlichen Vorgaben geworden. Die kommunale Selbstverwaltung werde zwar als Begriff hochgehalten, doch faktisch werde sie durch Kompetenzverlagerungen nach oben, Ausführungsverpflichtungen vor Ort, Mischfinanzierungen

und Beschneidung der Steuerbasis ausgehöhlt. Fürsorge und Entmündigung gehen so Hand in Hand.

Mit den Jahrzehnten sei zudem eine »Versorgungsmentalität« gegenüber der oberen Ebene entstanden. Das suggeriere in den Köpfen der Bevölkerung einen Staat, der eine umfassende Fürsorge übernehme und somit dafür Sorge, dass die Lebensbedingungen überall gleich bleiben. Die Bevölkerung habe sich über Jahre hinweg an gewisse Standards gewöhnt und wolle diese verständlicherweise nicht aufgeben. Das macht das Prinzip der Gleichwertigkeit auch so schwer diskutierbar, weil es als Angriff Alltagsqualitäten und Lebensstandards empfunden wird. Die kritische Diskussion über die in der Einleitung erwähnten Aussagen von Bundespräsident Köhler im Jahr 2004 zur »Akzeptanz der Unterschiedlichkeit von Lebensverhältnissen« in Deutschland verdeutlicht letztendlich, wie schwer wir uns an den Gedanken gewöhnen können, dass jahrelang vermeintlich »Gleiches« nun wieder ungleicher werden kann.

In der Doppelstruktur von Fürsorge und Entmündigung sahen die Workshopteilnehmer einen Ansatzpunkt für die Neuinterpretation des Gleichwertigkeitszieles. Wird einem eine Entscheidung oder Aufgabe abgenommen, so muss man sie nicht mehr selbst erledigen (Entlastung), kann sie aber auch nicht mehr selbst in Angriff nehmen (Entmündigung). Die Verteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten im Handlungsgefüge von Bürgern – solidarischer Zivilgesellschaft – Unternehmen – Kommunen – Staat kann folglich mal als hilfreich und passend und mal als störend empfunden werden.

⁸ Faktisch stehen den öffentlichen Haushalten mehr Finanzmittel zu als je zuvor. Doch erhebliche Teile sind »vorwegverteilt«. Über ihre Verwendung als Sozialleistungen oder Schuldendienst kann nicht mehr politisch entschieden werden. Die »freie Spitze« für Investitionen und neue politische Gestaltungsaufgaben ist relativ klein geworden.

In diesem Sinne sind die Diskussionsteilnehmer in dem Workshop beim Nachdenken über die zukünftige Gestaltung der Lebensverhältnisse in den dünn besiedelten ländlichen Räumen anstelle der Prämisse »zu wenig fürsorgender Staat« von der Prämisse »zu viel entmündigender Staat« ausgegangen. Die Forderung nach mehr Selbstverantwortung ist dann ein Suchprozess nach besseren Möglichkeiten für kommunale Selbstverantwortung und zivilgesellschaftliches Engagement. Wie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist auch mehr Selbstverantwortung ein Richtungsziel. Folglich geht es in der Diskussion um einen Aushandlungsprozess zwischen staatlichen und kommunalen Zuständigkeiten sowie zwischen öffentlichem und bürgerschaftlichem Handeln.

ZITATE AUS DER DISKUSSION

»Mit der Wende hat es große Veränderungen gegeben und so sind plötzlich riesige Disparitäten zu Tage getreten. An der Stelle fangen wir heute an ganz anders nachzudenken.«

»Es geht um eine perspektivische Neuinterpretation des Ziels unter den heutigen Rahmenbedingungen! Wie viel Gleichwertigkeit ist in Zukunft über eine ausgleichsorientierte Politik (regionale Strukturpolitik, Finanzausgleichssysteme, Städtebauförderung etc.) noch zu finanzieren?! In Zeiten knapper werdender Finanzmittel der öffentlichen Hand wird immer weniger Ausgleichspolitik betrieben werden können.«

»Hier fehlt es scheinbar noch an dem politischen Mut und Willen, dieses Ziel tatsächlich mal wieder, zumindest für bestimmte Teilräume, in Frage zu stellen.«

»Schauen wir auf die historische Entwicklung der Raumordnung in den Nachkriegsjahrzehnten. Das sind 50 oder 60 Jahre. Wir haben in den ersten 20–30 Jahren eine Zeit gehabt, wo man die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Wesentlichen finanzpolitisch versucht hat herzustellen. Mit zum Teil großartigen und zum Teil aus der heutigen Sicht auch fragwürdigen Dingen.«

»Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ist ein Versorgungsbegriff und damit auch ein Entmündigungsbegriff.«

»Es ist eine Versorgungsmentalität von oben heraus entstanden. Die Gleichwertigkeit der Bedingungen suggeriert auch einen Staat, der eine Fürsorge übernimmt, damit die Bedingungen gleich bleiben.«

»Wir müssen wieder an den Punkt zurück: Mehr Selbstverantwortung für die dünn besiedelten ländlichen Räume!«

3.3 DREI OFFENE FRAGEN

Aus der heutigen Situation betrachtet sind nach wie vor drei wesentliche Fragen zur praktischen Handhabung des Gleichwertigkeitsziels ungeklärt und damit offen für eine Neuinterpretation. Es stellen sich drei Fragen:

(1) DIE FRAGE DER VERANTWORTLICHKEIT

Wenn man das Richtungsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse anstrebt, ist klar, dass auch über die jeweiligen Verantwortlichkeiten nachgedacht werden muss. Hier entstehen Fragen zu Zuständigkeiten von Staat und Individuum. Im Gegensatz zu anderen Ländern mit anderen Traditionen und Wertesystemen wie z.B. den USA, wo die Menschen dem Staat kritisch gegenüberstehen, wenn er in ihre eigene Entscheidungsfreiheit eingreift, werden in Deutschland Ansprüche an den Staat als Vor- und Fürsorger gestellt. Nicht umsonst spricht man in Deutschland von »Vater Staat«. Es entstehen aber auch Fragen zu Verantwortungen innerhalb des politisch-administrativen Systems. Bund und Länder haben in Deutschland traditionell eine starke Rolle gegenüber den Kommunen, d. h. der Selbstverwaltungsebene. Ungeachtet der kommunalen Selbstverwaltung haben Staat und Bundesländer die kommunale Ebene ein Stück weit entmündigt und vieles wird über Zweckzuweisungen oder Vorschriften geregelt und von oben direkt oder indirekt gesteuert. Diese Frage der Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse, aber auch die Möglichkeit der stärkeren Übernahme von Verantwortung durch Bürger muss man in diesem Kontext diskutieren.

(2) DIE FRAGE DER KÖRNIGKEIT / DES MASSTABES

Auf welcher Ebene misst man Gleichwertigkeit und welche Ebene kann Festlegungen treffen, bis wohin Ungleichheit bekämpft und ab wann aufgrund ökonomischer Bedingungen Ungleichheit toleriert werden muss? Denkt man in großen oder kleinen Räumen? Oder muss Gleichwertigkeit als räumlich gestuftes Konzept gesehen werden, das man auf den verschiedenen Maßstabsebenen unterschiedlich aushandelt

und mit unterschiedlichen Instrumenten angeht? Ist es sinnvoll, diese Frage mit der Ebene der administrativen Regionen zu verknüpfen (Länder, Kommunen) oder sollte die Frage eher auf der Ebene der funktionalen Regionen gestellt und beantwortet werden (z.B. oberzentrale Verflechtungsbereiche, Arbeitsmarktregionen, Mittelbereiche)? Hier sind in den letzten Jahrzehnten durchaus Verschiebungen entstanden. Die administrativen Einheiten entsprechen heute oft nicht mehr den funktionalen Räumen der Bevölkerung, die Bevölkerung bewegt sich vielmehr in weitaus größeren Alltagsräumen. Zwar wurde in manchen Regionen Deutschlands versucht, mit Kommunalreformen dieser Tatsache gerecht zu werden, flächendeckend ist das aber bisher nicht passiert.

(3) DIE FRAGE DES STANDARDS / DER QUALITÄT

Natürlich sind Standards der Lebensverhältnisse ein Stück weit objektiv messbar, sowohl auf der Input- als auch der Output-Seite. Doch bezieht sich gerade die Qualität der Lebensverhältnisse nicht auch auf ein subjektives Empfinden der Bevölkerung? Wenn man Bürger zum Thema »gleichwertige Lebensverhältnisse und Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen vor Ort« befragt, kann man feststellen, dass über harte Indikatoren oft größere Ungleichheiten festgestellt werden, als es die subjektive Einschätzung der Bevölkerung belegt. Hier werden die Unterschiede weitaus geringer eingeschätzt und das Gefühl der Ungleichheit ist nicht so sehr in den Köpfen der Bevölkerung verankert, wie es sich aus einer übergeordneten Perspektive vermuten ließe.

ZITATE AUS DER DISKUSSION

»Muss es nicht kleinregional anstatt großregional angegangen werden? Also nicht ›großraumordnerisch‹, sondern mit einem ›regionalraumordnerischen‹ Zugang? Regional raumordnerisch meint dezentral unterschiedliche Antworten«.

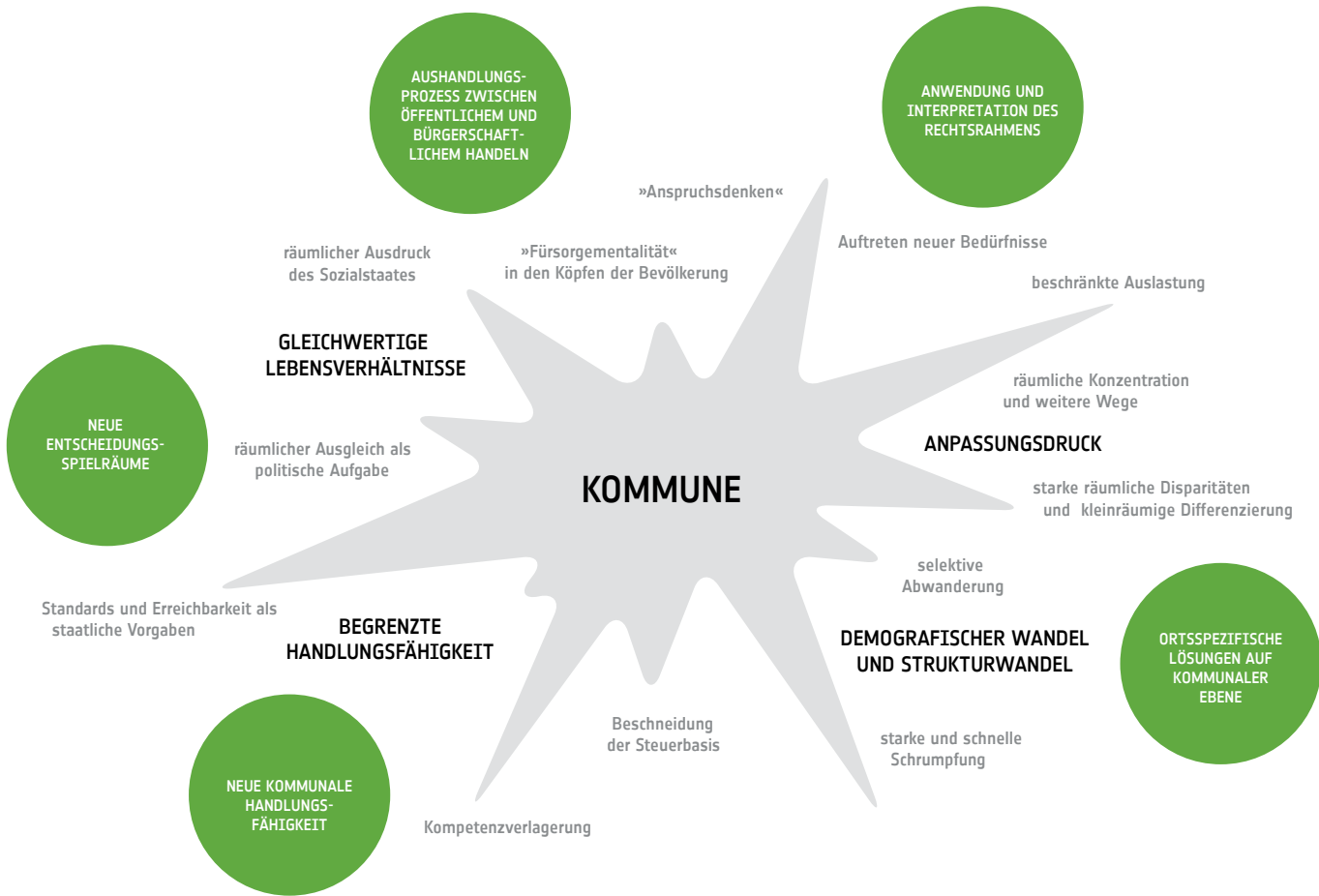


Abb. 4: Das Spannungsfeld kommunalen Handelns in dünn besiedelten Räumen

© T. Lannuzel, 2011

»Welche Disparitäten können wir auf der kleinräumigen kommunalen Ebene innerhalb der Kreise und Gemeinden hinnehmen. Auch hier lässt sich durchaus über eine Spannweite diskutieren!«

»Wahrscheinlich werden die anderen Ebenen davon nicht leicht zu überzeugen oder sogar dagegen sein, weil Macht, Kontrolle und Spielräume aus der Hand gegeben werden.«

»Wir müssen mehr Verantwortung, und damit auch Finanzverantwortung inklusive der entsprechenden Mittel, auf die kommunale Ebene abgeben.«

»Der Staat hat leistungsfähige örtliche Strukturen geschaffen, in Westdeutschland in der Regel Kommunen mit mindestens 6.000 Einwohnern. Diese Leistungsfähigkeit hat der Staat

jedoch nicht mit finanzieller Verantwortung ausgestattet, obwohl diese Einheiten in der Lage sind, viel mehr zu regeln, als das jemals in der deutschen Geschichte der Kommunen der Fall war. Der Staat hat einen Weg eingeschlagen und dann abgebrochen. In so einer Umbruchsituation besteht eventuell die Chance und Legitimierung mit den Kommunalreformen fortzufahren, zu dezentralisieren und auch die Finanzausstattung dementsprechend anzupassen.«

»... wird unser Staat viel besser regiert, wenn eine neue Dezentralität eingeführt würde.«

»Gerade bei Überlegungen zu zukünftigen Einschnitten in der Daseinsvorsorge ist es umso wichtiger, die lokale Bevölkerung einzubeziehen.«

3.4 HANDLUNGSEBENE KOMMUNE

Schaut man, wo die zukünftigen Probleme der Daseinsvorsorge im weiteren Sinne konkret werden, fällt der Blick schnell auf die unterste politische und administrative Ebene, die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung. Hier sehen die Diskussionsteilnehmer einen großen Spielraum und Handlungsbedarf zur Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels. Die kommunale bzw. kleinregionale Ebene ist letztendlich die Ebene, auf der Bürger von Gleichheit und Ungleichheit bei der Daseinsvorsorge ganz konkret betroffen sind. Diese Tatsache würde umso mehr dafür sprechen, die neue Aushandlung des »Gleichwertigkeitsziels« auf der unteren Ebene zu führen, wo sowohl für Kommunen als auch Einwohner ganz konkrete Fragestellungen deutlich werden und handfeste Lösungsansätze mit all ihren Folgen diskutiert werden können. Deshalb sprachen sich die Diskussionsteilnehmer dafür aus »Handlungsspielräume dorthin zu geben, wo sich der Schmerz oder Erfolg manifestiert«. Eine perspektivische Neuinterpretation des Ziels Gleichwertigkeit unter Berücksichtigung der heutigen Rahmenbedingungen und lokalen/kommunalen Gegebenheiten erscheint möglich. Allerdings bestand auch Einigkeit, dass eine solche Entwicklung nicht automatisch zum Erfolg führe (vgl. auch die Diskussionen in Kap. 3).

ZITATE AUS DER DISKUSSION

»Die Schmerzgrenze dieses Grundprinzips liegt vor Ort! Ob Konzepte und Entscheidungen tragfähig sind, erfährt man immer erst in der Manifestation vor Ort. Die höheren Instanzen – beim Landkreis angefangen – bekommen diese konkreten Auswirkungen nicht unmittelbar zu spüren. Aufgrund dieser Tatsache spricht vieles dafür, die Handlungsspielräume dort hinzugeben, wo sich der Schmerz oder Erfolg manifestiert. Dafür bräuchte man dann ein bestimmtes Budget, über das man auch vor Ort frei entscheiden kann.«

»Also nach dem Motto: Gebt uns mehr Verantwortung, wir kommen auch mit weniger Geld aus, wir wollen nur nicht diese Hierarchie durchlaufen bis wir an die Gelder kommen. Gebt uns den Raum, intelligente Lösungen vor Ort zu finden.«

»Die Aufgabe des Staates im Sinne von Gleichwertigkeit ist nicht zu entscheiden, ob man noch die Kläranlage, einen kleinen Weiler oder ein kleines Dorf mit anschließt. Das ist nicht die Aufgabe des Bundes oder Landes, wahrscheinlich sogar nicht einmal des Kreises, sondern eine praktische Aufgabe der kommunalen Ebene. Aber im Sinne der Gleichwertigkeit hat der Staat dafür zu sorgen, dass die zur Verfügung stehenden öffentlichen Ressourcen gerecht verteilt sind zwischen den Ebenen nach ihren jeweiligen Aufgaben.«

»Nicht jede Kommune wird diesen Diskurs führen wollen, aber man muss jeder Kommune die Chance geben, dies zu tun, und auch Anreize dafür schaffen.«

»Eine Gleichwertigkeit brauchen die, die nicht mehr weg wollen und können. Wenn wir über diese Leute sprechen, muss man überlegen, was gibt es für kreative Spielräume, Experimente, finanzielle Unterstützungen.«

»Gebt den Leuten Handlungsspielräume, auch mit dem Risiko, dass etwas schief läuft.«

4 ◀ SUCHPROZESSE FÜR MEHR SELBSTVERANTWORTUNG

IMPULS VON JÜRGEN ARING

ECKPUNKTE EINES KONZEPTS »MEHR SELBSTVERANTWORTUNG«

Erstens: Die betroffenen Regionen müssen mehr politische und administrative Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume vom Staat (Bund und Ländern) zurück erhalten. Das heißt, die kommunale Ebene muss als Selbstverantwortungsebene wieder gestärkt werden. Dazu muss sie auch räumlich so gefasst sein, dass sie die Konflikte verhandlungs- und gestaltungsfähig macht.

Zweitens: Mehr Selbstverantwortung auf der kommunalen Ebene bedeutet nicht, dass nun der Staat durch die Kommune als »großer Kümmerer« ersetzt wird. Abgesehen davon, dass es nur eine partielle Verantwortungsrückgabe von staatlich bzw. zentral zu kommunal bzw. dezentral geben soll, darf die zivilgesellschaftliche Seite nicht vergessen werden. In bestimmten Fällen kann die Kommune möglicherweise eine neue Rolle als Player übernehmen, indem sie kommunale Infrastrukturen einrichtet, die im Sinne des Zeitgeistes eigentlich privatisiert sein sollten. Generell sollte sie sich aber auch als Motivator und Moderator zivilgesellschaftlicher Initiativen sehen.

Drittens: Wie man es dreht und wendet, es bleiben von den Infrastrukturanpassungen und neuen Preisdifferenzierungen besonders betroffene Räume, nämlich die peripheren kleinen Dörfer, Weiler und Splittersiedlungen. Einzelne mögen zu Wüstungen werden, die Mehrheit bleibt jedoch ausgedünnt bestehen, weil dort Menschen ihre ökonomische Basis haben (z. B. Landwirtschaft, regenerative Energiegewinnung, Tourismus) oder weil sie dort einfach gerne leben möchten. Hier wird den Menschen auch individuell mehr Selbstverantwortung zugemutet werden. D. h., persönliche Selbstverantwortung und nachbarschaftliche Solidarität werden zu ausgeprägteren Facetten des Alltags. Wer das nicht kann oder will, wird dort leiden. Erleichtert werden kann das Leben in den Selbstverantwortungszonen, indem dort nicht nur »etwas weggenommen« wird, sondern auch bewusst »Freiräume geschaffen« werden, z. B. durch die Aufgabe von Regularien, die in dichter besiedelten Gebieten unverzichtbar sind.

Jürgen Aring:

Inverse Frontiers – Selbstverantwortungsräume. In: Faber, Kerstin u. Philip Oswald Hg.: Raumpioniere in ländlichen Regionen. Daseinsvorsorge selbst gemacht. Basel – Barcelona – New York erscheint vorr. im Herbst 2011 (Verlag Actar), S. 34–48

Auf Prinzipien eines Wandels kann man sich relativ leicht verständigen. Doch vor Ort wird es konkret. Erst beim Durchprüfen von Ideen wird deutlich, in welche Komplexität einzelne Handlungsansätze eingebunden sind und auf welchen Feldern die Hindernisse angesiedelt sind. Den Teilnehmern des Workshops war es deshalb wichtig, den Ansatz »mehr Selbstverantwortung« durchzuspielen.

Es galt zunächst zu klären, bei welchen Themen bzw. Aufgaben man die alltäglichen Lebensbedingungen in dünn besiedelten schrumpfenden Räumen durch mehr kommunale Selbstverantwortung situationsspezifisch lösen könnte, ohne dass dies in eine systematische Verschlechterung von Lebensbedingungen mündet. Es liegt auf der Hand, dass es wenig Sinn macht, die Entscheidung über schulische Curricula oder Leistungsanforderungen an ein Abitur auf eine kommunale Ebene zu verlagern. Ob hingegen Schulstandorte zentralisiert oder dezentralisiert sind, kann sehr wohl auf kommunaler Ebene entschieden werden, und man kann sich vorstellen, dass je nach Gegebenheit von Kommune zu Kommune unterschiedliche Anforderungen gefunden werden.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass in den Bereichen leitungsgebundene Infrastruktur, öffentlicher Verkehr, Schulwesen/Bildung, Gesundheitsorganisation und Sozialangebote eine Diskussion lohne. Dabei hat diese Auflistung keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll aber illustrieren, wie unterschiedlich die möglichen Handlungsbereiche sind. Gleichzeitig liegt unmittelbar auf der Hand, dass jedes Feld seine eigene Komplexität hat. Mehr kommunale Selbstverantwortung setzt eine konsequente Aufgabendiskussion in enger Verbindung mit der Finanzierungsfrage voraus.

Auch wenn eine offene Diskussion unter Experten kein Planspiel ersetzen kann, so lassen sich doch im Diskurs viele Erkenntnisse gewinnen. Die Diskussion über mehr kommunale Selbstverantwortung nahm deshalb ein konkretes Handlungsfeld zum Ausgangspunkt. Ausgehend von diesem konkreten Handlungsfeld wurde die Diskussion ausgeweitet.

Insgesamt entstanden mehrere miteinander verflochtene Diskussionsfelder:

- ◆ Diskussionsfeld: Vernetzung von Handlungsfeldern am Beispiel der Anpassung technischer Infrastruktur
- ◆ Diskussionsfeld: Anpassung der Kommunen für die Wahrnehmung von mehr Selbstverantwortung
- ◆ Diskussionsfeld: Eigenwert des ländlichen Raumes und politische Reformbereitschaft

4.1 VERNETZTE HANDLUNGSFELDER

Die leitungsggebundene Wasserver- und entsorgungsinfrastruktur, die in den letzten Jahrzehnten allerorten konsequent als zentrales System ausgebaut wurde, ist bei Bevölkerungsrückgang schnell überdimensioniert und teuer. Der mögliche Rück- oder Umbau dieser technischen Infrastruktur ist ein gutes Beispiel, an dem sich die Möglichkeiten größerer kommunaler Selbstverantwortung, ihre Wirkungen vor Ort und die vielfältigen Hindernisse aufzeigen lassen.

Den Ausgangspunkt der Diskussion bildete ein technisch-räumliches Konzept für eine Netzkonzentration (»Abklemmen, Brunnen bohren, Eigenversorgung ...«). Implizit geht damit die Erwartung einher, dass diese Lösung für den Träger bzw. die Kommune preiswerter komme. Gleichzeitig wird mit dem sinkenden Grenznutzen der Anwendung von Normen in der Fläche argumentiert. (»Der einzelne draußen kann gar nicht so viel Dreck produzieren, dass das einen Umweltschaden gibt.«) Darin wird die sachliche Argumentation dafür gesehen, auf die Anwendung von Normen bzw. die Einhaltung von Standards in räumlich begründeten Fällen verzichten zu können. Damit wäre es sinnvoll, auf kommunaler Ebene zu ortsspezifischen Lösungen zu kommen.

Die anschließende Diskussion zeigt, wie weitreichend ein vordergründig technischer Vorgang (anschließen – abklemmen) in ein institutionelles, gesellschaftliches und normatives Gefüge eingebunden ist. Es gibt nicht nur die Normen selbst, sondern die Anwendung und Interpretation des Rechts durch die Richter. (»Kann Sie heute der Staatsanwalt verklagen...«) Flexibilisierung bringt auch individuelle Verantwortung mit sich. Wer in einem bestehenden Rechtsrahmen das Recht nicht einhält, Ausnahmen durchsetzt oder zulässt, steht auch in der Verantwortung für seine Entscheidung. (»Sind Sie dagegen versichert?«) Mit der Anwendung des Rechtsrahmens ist man hingegen eher auf der sicheren Seite. (»Wenn man Ausnahmen zulässt, wird einem nachher ein Gesetzesverstoß vorgeworfen und man wird in Regress genommen.«) Deswe-

gen könnte es sinnvoll sein, Kommunen bei Musterprozessen zu unterstützen, um eine neue Rechtssicherheit zu schaffen. (»Wie ist das denn, wenn man einen Präzedenzfall mal juristisch durchspielen würde?«)

Ein weiteres Problem stellen die nicht abgeschriebenen Investitionen und die Fixkosten von technischen Einrichtungen dar. Man kann sich zwar vorstellen, ein System »kleinzuschrumpfen«, doch die Kosten für den einzelnen Nutzer sinken deshalb nicht unbedingt, sondern sie steigen möglicherweise sogar an. (»Denn wenn sie jetzt zehn Prozent der Einwohner abklemmen, zahlen die anderen neunzig Prozent die gesamten Kosten. D.h., für jeden im Stammnetz wird es teurer.«) Auch diese Trägheit der Kostenstrukturen zeigt, wie schwer das Umschwenken von Raumentwicklung unter Wachstumsbedingungen auf Raumentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen fällt. (»Wir haben im Grunde viel zu spät von Wachstum auf Schrumpfung umgeschaltet.«)

Schließlich gibt es auch eine gesellschaftlich-politische Diskussion. Je vielfältiger die Lösungsmöglichkeiten sind, desto größer ist die Sorge des Einzelnen, übervorteilt und von der besten Lösung ausgeschlossen zu werden. Man denke in diesem Zusammenhang beispielsweise an den Begriff »Zweiklassenmedizin«. Sehr schnell ist man dann beim Thema »Ausgrenzung«. (»Ein weiterer Grund, warum die Kommunen oder die Bürgermeister das Thema scheuen wie der Teufel das Weihwasser, ist das Ausgrenzen aus der Solidargemeinschaft.«) Auf die Frage nach der Akzeptanz und möglichen Ausprägung von Unterschieden gibt es (noch) keine einheitliche Antwort. Jedenfalls war sich die Diskussionsrunde einig, dass in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ein hohes Anspruchsdenken gewachsen ist, mit dem man umgehen müsse. (»Man hat eben auch diese Haltung erzeugt: Du zahlst Deinen Teil an Steuern und du gehörst zur modernen Gesellschaft. Also hast du auch Anspruch, die Erschließung zu kriegen.«)

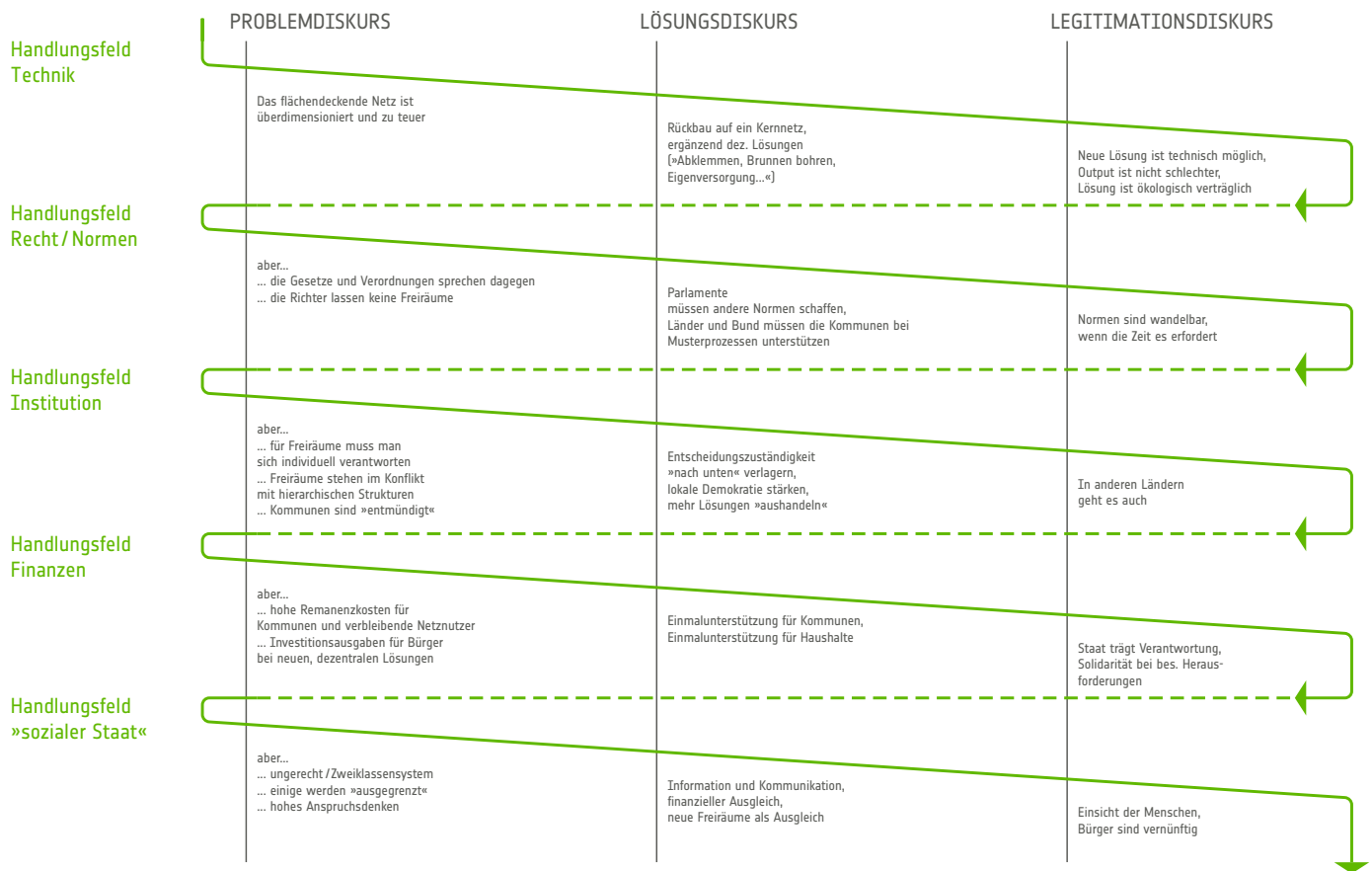


Abb. 5: Anpassung technischer Infrastruktur (Wasserver- und -entsorgung) – Diskurse in Handlungsfeldern

© T. Lannuzel & J. Aring, 2011

Eine gewisse Hoffnung liegt darin, durch Information und Kommunikation neue Einsichten zu schaffen. («Das muss man mit starker Kommunikationsarbeit flankieren. Ich glaube, die Bürger sind vernünftig, wenn man mit ihnen redet.») Außerdem müsse ein solcher Übergang auch mit Einmal-Kompensationen für die technische Umrüstung unterstützt werden.

AUSSCHNITT AUS DER DISKUSSION:

»... nehmen wir das Beispiel ›Leitungsnetze‹, über das auf der IBA-Finissage in Halle der Oberbürgermeister von Stendal gesprochen hat ... Kann die Kommune es schaffen, die äußeren, teuren Enden abzuklemmen? ... Das ist ein eingängiges Beispiel für Selbstverantwortung im radikalsten Sinne ... Was hat das für Folgen? [...]

Das ist ein sehr konkretes Problem, das jetzt schon da ist bei der Trinkwasserversorgung. **Wenn in einem bestimmten Bereich nur noch eine Person an einem Netzbereich hängt, dann droht mir da eine Verkeimung. Punkt!** Wir schlagen uns im Moment damit herum, wie wir damit umgehen sollen, rein satzungsrechtlich. Das ist nicht so einfach. Tatsächlich ist es so, dass wir die Diskussion derzeit gar nicht führen, sondern verdrängen. Ich wüsste keine Kommune, die diese Diskussion wirklich ehrlich führt.

Aber auch wenn Sie sich an die Anschlussregeln halten, kann Sie heute der Staatsanwalt verklagen, denn wenn die Verkeimung im Trinkwassersystemen eine Epidemie in Ihrer Stadt auslöst, weil das Trinkwasser 20 Tage in der Leitung steht und sich irgendein Keim bildet ... Legionellen ... dann ist irgendwann die Verwaltung reif, ins Gefängnis zu wandern, weil alle krank werden ... Sind Sie dagegen versichert?

Jetzt sage ich mal, ich wäre Ihr Technischer Beigeordneter. Dann würde ich sagen: **›Abklemmen, Brunnen bohren, Eigenversorgung, alte Grube wieder ausheben, Dreikammerklärsystem, abklemmen von der Sammelkläranlage! Der Einzelne draußen kann gar nicht so viel Dreck produzieren, dass das einen Umweltschaden gibt.‹** Das heißt, ich reduziere meine technischen und meine Umweltansprüche auf einen Level, den wir vor 30 Jahren hatten. [...]

Im Moment ist es tatsächlich so, dass das Thema ausgeblendet wird. Das muss man ganz ehrlich sagen. Ich weiß nicht, ob das in anderen Kommunen besser gemacht wird, aber bei uns ist das eine Diskussion unter dem Tisch. Also wir müssen irgendetwas tun, um uns vor genau solchen Fällen zu schützen. Wie gehen wir damit um?

Die vorgeschlagene Lösung lag mir auch auf der Zunge. Das Problem ist, dass Sie die Fachverwaltungen mit ihren Standards überzeugen müssen, diese Ausnahmeregelung für ihre peripheren Standorte in der Gemeinde zuzulassen. **Und wenn die sagen, das geht nicht, weil die Gesetze dagegen stehen, dann muss der Landtag – denn es handelt sich zumeist um Landesgesetze – diese Gesetze ändern, was ja auch nicht so richtig schwierig ist ...** ›Das geht!‹

Tatsache ist, dass da die Fronten sehr verhärtet sind ... der Landkreis hält sich auch den Rücken frei ... und die untere Wasserbehörde ... Im Moment spielen wir wirklich schwarzer Peter ... Es gibt auch die Kommunalaufsicht und die Revisionsämter. Die sagen: ›Wenn man Ausnahmen zulässt, wird einem im Nachhinein Gesetzesverstoß vorgeworfen und man wird in Regress genommen. Deswegen machen wir es genau so, wie es den Gesetzen entspricht.‹ Diese mangelnde Bereitschaft, zu schauen, wo man Spielräume schaffen müsste, die führt zu diesen Verhärtungen.

Aber es muss doch Möglichkeiten geben. Bei Wachstumsprozessen kann man städtebauliche Verträge machen und Lösungen aushandeln. Warum soll das nicht auch im Schrumpfungsprozess gehen? Warum kann man nicht einen rechtlichen Rahmen schaffen, der es Ihnen ermöglicht, diesen Eigentümer rechtzeitig vorzuwarnen, dass ein Abklemmen der Leitung aus hygienischen Gründen erfolgt und dass Sie die Verantwortung nicht mehr tragen können. Dann heißt es: Du bist jetzt in Selbstverantwortung für deine Wasserver- und -entsorgung.

Im Prinzip geht das. Nur das Problem haben die politisch Verantwortlichen hinterher mit den anderen. **Denn wenn sie jetzt 10 % der Einwohner abklemmen, zahlen die anderen 90 % die gesamten Kosten.** D.h., für jeden im Stammbnetz wird es teurer. Alle Pumpen müssen auch weiterhin laufen. Das ist das Problem. Die Reduktion der Kostenträgerschaft.

Wir haben das Netz gerade hochgefahren; mit einem irren Aufwand. Mit irren Schulden, die die Kommunen machen mussten. Wir sind im Grunde viel zu spät von Wachstum auf Schrumpfung umgeschaltet.

Wie ist das denn, wenn man einen Präzedenzfall mal juristisch durchspielen würde? ... Wie ist das, wenn man einen abklemmen würde, und dagegen würde jemand klagen. Dann würde es doch als Präzedenzfall geklärt werden ...

... dann ist es wieder für 30 Jahre verboten [...]

Wir bewegen uns da auf dünnem Eis. Meine Empfehlung wäre, solche Diskussionen wirklich mit den Verantwortlichen zu führen. Denn ganz einfach ist es nicht ... Leitungsgebundene Infrastruktur ... das sind sehr komplexe Netze, die auch bestimmte technische Abhängigkeiten haben. Da können wir nicht einfach sagen: Wir klemmen einen Hof da draußen ab. Das geht technisch vielleicht gar nicht ...

Ein weiterer Grund, warum die Kommunen oder die Bürgermeister das Thema scheuen wie der Teufel das Weihwasser, ist das Ausgrenzen aus der Solidargemeinschaft. *Durch Dorferneuerung und ähnliche Prozesse gelingt es uns mühsam, diese Gemeinschaft zu bilden und zu hegen und zu pflegen. Bürgerschaftliches Engagement usw. Und auf der anderen Seite starten wir solche Ausgrenzungsprozesse. Das ist eine ganz schwierige Kiste, an die sich keiner herantraut.*

Was wäre denn, wenn man die Leute beim Entscheidungsprozess mit ins Boot holt? Wenn man das nicht ›als Kommune von oben‹ entscheidet, sondern wenn man das gemeinsam entscheidet?

Wir haben jetzt natürlich eine Situation, in der über 20–25 Jahre den Leuten gepredigt worden ist, dass sie Ansprüche haben. Und diese Ansprüche sind auch soweit umgesetzt

*worden, als es Entschließung gab mit Wasser, Strom, mit Kläranlagen usw. und die Leute haben zum Teil kräftig dafür gezahlt. Das heißt, sie befinden sich in einer Position, in der sie meinen, das ist ihr Recht. **Die Feuerwehr kommt in zehn Minuten, das Wasser kommt, der Notarzt muss in maximal 30 Minuten da sein ... das steht so in den Gesetzen drin! ... wir geraten aber jetzt schon an den Punkt, wo sich die Erwartungen nicht mehr erfüllen lassen.** Typisches Beispiel DSL-Anschluss: Bei uns gibt es eine ganze Reihe von weißen Flecken im Landkreis. Um die erschließen zu können, hätte man die alten Staatsunternehmen wie die Telekom gebraucht, die ohne Rücksicht auf Kosten erschlossen haben. Die können es aber nicht mehr, die sind jetzt private Unternehmen. Um Funklösungen oder andere Lösung zu konzipieren, hat der Staat gerade wieder Zuschüsse ausgelobt, wobei die Gemeinden das auch kofinanzieren müssen ... aber das ist jetzt schon das erste Konfliktfeld, auf dem diskutiert wird, wie weit man Unterschiede zulassen will ... Wir haben sehr viele kleine Orte bei uns im Landkreis ... und jetzt musst du wirklich den Leuten sagen: Du kriegst keine Entschließung! Und das ist schwierig, weil man eben auch diese Haltung erzeugt hat: Du zahlst deinen Teil an Steuern, und du gehörst zu modernen Gesellschaft. Also hast du auch Anspruch, die Erschließung zu kriegen [...] Wir sind jetzt genau an dieser Schnittstelle zwischen alten Strukturen und Neuausrichtung. Aber die Leute draußen haben von dieser alten Anspruchshaltung noch nicht Abschied genommen.*

*Diese Anspruchshaltung ... das muss man mit starker Kommunikationsarbeit flankieren ... **ich glaube, dass Bürger nicht unvernünftig sind.** Natürlich muss man erklären, warum man vor 10 Jahren zigtausend Euro bezahlt hat, und die heute quasi in den Wind schießt. Da muss man für den Einzelfall sicherlich auch Kompensationslösungen finden, aber dann ist das gegessen. Ich glaube, die Bürger sind vernünftig, wenn man mit ihnen redet.«*

4.2 ANPASSUNG DER KOMMUNEN

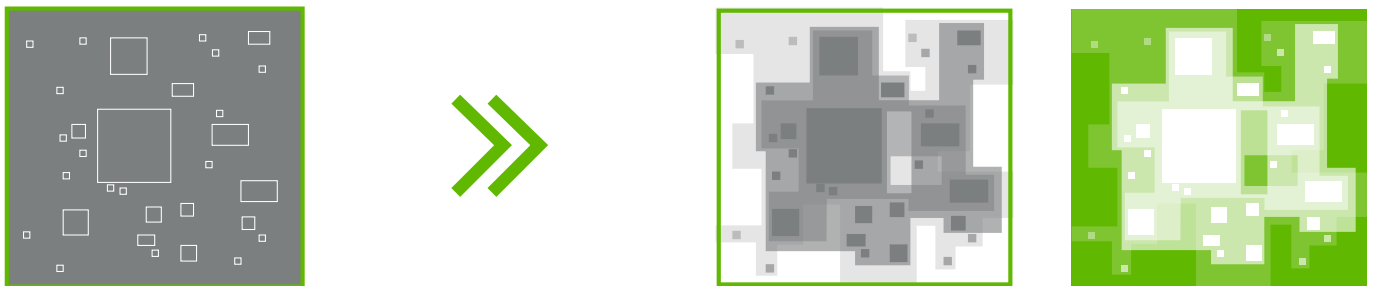
Eine Umsetzung der Forderung »Mehr Selbstverantwortung auf kommunaler Ebene« löst zunächst einmal noch kein aus dünner Besiedlung und Schrumpfung entstandenes Problem. Sie schafft nur erste Voraussetzungen zur Problemlösung auf der kommunalen Ebene. Dort führt dann eine Anpassung von Infrastrukturen an die Bedingungen der dünn besiedelten ländlichen Räume unmittelbar zu einer Diskussion über Standards und Verteilungsfragen. D. h., wer selbstverantwortlich handeln will oder soll, der muss auch Entscheidungen treffen und verantworten. Das setzt einen geeigneten institutionellen und räumlichen Rahmen voraus.

Im Falle der bisher diskutierten Wasserver- und -entsorgung ging es technisch um die Konzentration des zentralen Netzes und die Ermöglichung dezentraler Lösungen an Orten, wo die zentrale Anbindung zu technischen Problemen oder dauerhaft zu hohen Kosten führt. Der flexible Umgang mit dem Thema führt also zu doppelten Antworten; in diesem Fall zur »alten Antwort« des leitungsgebundenen zentralen Systems und daneben zur »neuen Antwort« des dezentralen Systems. Die mit der Flexibilisierung einhergehende Änderung trifft also nicht alle Einwohner im Versorgungsraum gleich. Vielmehr ändert sich für einige nichts, während andere erhebliche Anpassungslasten tragen müssen. In der Wasserver- und Entsorgungsregion entsteht so eine »Innen-außen-Differenzierung«. (»In der Kernstadt ist dann die Basisinfrastruktur für den täglichen Bedarf zu normalen Kosten auch in Zukunft darstellbar [und außen nicht.]«) Es stellt sich die Frage nach der Grenze zwischen dem Innen und dem Außen, wer darüber entscheidet und wie das Ergebnis vermittelbar ist. Dazu wurde herausgearbeitet, dass es sich bei der Thematisierung einer Grenze zwischen innen und außen um ein didaktisches Bild handele. Faktisch ist nicht eine klare Grenze zwischen innen und außen, sondern es sind fallbezogene Raumdifferenzierungen zu erwarten. (»Ich glaube, die Idee, eine bestimmte Linie um den Garantieraum zu ziehen, führt in die Irre. Und zwar, weil wir die Fragestellungen einzeln untersuchen müssen und

die räumlichen Ergebnisse für jeden einzelnen Infrastrukturbereich sehr unterschiedlich ausfallen. Und deswegen gibt es nicht diese eine Linie...«)

In der Diskussionsrunde war man sich einig, dass die Kommune als Selbstverwaltungsorgan prinzipiell die geeignete Ebene für örtliche Entscheidungen darstellt. Aber es wurde bezweifelt, dass die Kommunen die Aufgabe wirklich wahrnehmen können, wenn sie zu klein und zu lokal aufgestellt sind. (»Die Hälfte [der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern] hat weniger als 500 Einwohner. Das ist eine Größe, mit der man wirklich nicht viel machen kann.«) Neben der geringen administrativen Leistungsfähigkeit kleiner Kommunen, die zur Abgabe von kommunalen Kompetenzen und Aufgaben an Ämter, Zweckverbände und Landkreise führt, wird das »Auseinanderfallen von Funktional- und politischem Entscheidungsraum« kritisiert. Eine Alternative stellen an funktionalen Verflechtungen orientierte Großkommunen dar, die den heutigen regionalisierten Lebensweisen eher Rechnung tragen. (»Also ich denke, die Lösung, dass man größere Gemeindeeinheiten in einem funktionalen Raum braucht, ist wichtig, um diese Überlegung einer differenzierten Daseinsvorsorge innerhalb des großen Gemeindegebietes umzusetzen. Dann muss man das individuell für jede Aufgabe einzeln durchdeklinieren. Das muss der Gemeinderat machen, und natürlich anhand von konkreten Zahlen.«)

Allerdings scheint eine solche Struktur kein Selbstläufer zu sein. Es muss kaum erwähnt werden, dass Kommunal- und Territorialreformen in Deutschland auf viel Widerstand stoßen. (»Die Fragen dieser Gebietsreformen sind schon ambivalent. Im Moment würde das vor Ort absolut abgelehnt werden.«) Zudem wurde bezweifelt, dass die Räte die durch »Großstrukturen« verhandlungsfähig gemachten Konflikte tatsächlich aushalten. Zum einen sinke das Interesse an der Mitwirkung in kommunalen Räten, wenn die Gestaltungsspielräume fehlen. (»Wir haben jetzt schon Probleme, noch Leute zu finden, die wir für eine Mitarbeit motivieren können. Als Kommunal-



Kommunalreform zur Anpassung an funktionale Alltagsräume

Aushandlungsprozess zur räumlichen Differenzierung

fallbezogene Garantiezonen: für jeden einzelnen Infrastrukturbereich

fallbezogene Selbstverantwortungszone: ortsspezifische Lösungen / Abweichung von Standards

Abb. 6: Kommunale Selbstverantwortung und räumliche Differenzierung

© T. Lannuzel, 2011

politiker. Es sagen viele: Wir sind doch nicht dafür da, den Leuten nur Geld aus der Tasche zu ziehen.«) Zum anderen gibt es auch die Situation, dass in Großkommunen keine räumlichen Prioritäten getroffen werden, sondern die Fläche doch »gleichbehandelt« wird. (»Und den [Kommunen] mit den 40 kleinen Ortsteilen geht es am schlechtesten. Weil sie das ganze Geld, obwohl sie relativ gute Einnahmen haben, in der Fläche vergraben haben.«) Dadurch werden zwar kurzfristig Verteilungskonflikte umgangen, doch eben auch keine langfristig zukunftsfähigen Strukturen geschaffen. Gleichzeitig wurde aber auch auf den Aspekt »Bürgernähe« hingewiesen, der für kommunalpolitisches Handeln sehr wichtig sei. (»Wir reden hier über Selbstverantwortung und über Bürgergesellschaft. Ich beobachte, dass es in den kleinen Gemeinden noch am besten funktioniert. Da kommen dann tatsächlich die 200 Bürger zusammen und stimmen ab.«) Man gewinnt den Eindruck, »Strategieentscheidungen« und »Bürgernähe« seien gegen-

sätzliche Ziele, zwischen denen man sich entscheiden müsse. Die Herausforderung bestünde dann darin, diese widersprüchlichen Ansprüche zu versöhnen. Zwar muss man die absehbar großen Schwierigkeiten bei der Bildung passender räumlicher kommunaler Einheiten und dem Aushalten von Verteilungskonflikten sehr ernst nehmen, doch in der Diskussion wurde auch darauf hingewiesen, dass es Bedingungen und Zeitfenster für Reformen gäbe, die man nutzen könne. (»Wenn es besondere Situationen gibt, und die gab es in der letzten Generation zum Beispiel bei der Wiedervereinigung, dann geht vieles. [...] Man muss nur kreativ sein. Man muss versuchen, die Leute mitzunehmen. Und man muss ihnen die Zahlen sagen. Ich will damit sagen: In besonderen Situationen geht auch in unserem Staat immer noch sehr viel.«) Dabei kann auch die Orientierung an vergleichbaren Reformen in Nachbarländern hilfreich sein, die zur Bewältigung der neuen Herausforderungen durchgeführt wurden.

{»In Dänemark wurde auch vor wenigen Jahren eine Reform durchgeführt, bei der die Landkreise abgeschafft wurden und insgesamt ungefähr 90 große Kommunen gebildet wurden.«
Zudem wurde in der Diskussion auch gefragt, wie eine Entwicklung in Richtung mehr kommunaler Selbstverantwortung durch andere Instrumente unterstützt werden kann. {»Generelle steuerliche Entlastung der Menschen in der Außenzone«, »Lastenausgleich zugunsten der Außenzone« sowie an »BID und HID orientierte eigene Aktivitäten von Bürgern.«}

AUSSCHNITT AUS DER DISKUSSION

»Herr Aring hat in seinem Aufsatz geschrieben, er möchte gern, dass die Gemeinden in den peripheren Räumen einen größeren Zuschnitt haben. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir noch etwa 800 Gemeinden, und in den peripheren Räumen sind die winzig. Die Hälfte hat weniger als 500 Einwohner. Das ist eine Größe, mit der man wirklich nicht viel machen kann. Wenn man dann das Modell der großen Kommunen zu Grunde legt, würde man Mittelbereiche zu Gemeinden machen ... In dem Modell entstehen große, flächige politische Gemeinden. **Keine Verwaltungsgemeinschaften und keine Ämter, sondern Gemeinden, die den Haushalt und den Flächennutzungsplan beschließen und durch das Grundgesetz Art. 28 geschützt sind** ... Das haben wir übrigens in Mecklenburg-Vorpommern mit unserem Städte- und Gemeindebund durchaus schon einmal diskutiert, und da gibt es durchaus Leute, die das für sinnvoll halten ... Die politische Gemeinde soll also die Größe haben, dass sie neben dem Mittelzentrum die ganzen Dörfer des Mittelbereichs umfasst. Das zusammen wird dann die kleinste politische Einheit, die nach Art. 28 unter dem Schutz des Grundgesetzes steht ... Wenn man das zu Grunde legt, dann hätte man innerhalb dieses Raumes Teilräume: die Kernstadt mit vielleicht 10.000 oder 15.000 Einwohner von insgesamt 30.000 Einwohnern.

Und außen ist dann die Peripherie mit den Dörfern und ganz außen sind die Einsiedlerhöfe. In der Kernstadt ist dann die Basisinfrastruktur für den täglichen Bedarf zu normalen Kosten auch in Zukunft darstellbar ... hier kann man eine Abwasserversorgung und eine Grundschule usw. haben. Und da ist nun die Frage: Können wir nun eine Linie ziehen zwischen einem inneren Raum und einem äußeren Raum? Zwischen dem »Garantieraum« und dem Restraum, dem Nicht-Garantieraum? **[...] ich glaube, die Idee, eine bestimmte Linie um den Garantieraum zu ziehen, führt in die Irre.** Und zwar, weil wir die Fragestellungen einzeln untersuchen müssen, und die räumlichen Ergebnisse für jeden einzelnen Infrastrukturbereich sehr unterschiedlich ausfallen. Und deswegen gibt es nicht diese eine Linie, und außen ist Selbstverantwortung, und drinnen ist Garantieraum. Die Linie, und das ist jetzt mein Punkt, muss der Gemeinderat für jede Aufgabe differenziert festlegen: Dort ist dann das Ende meiner Kanalisationsleitung, und wenn ich dann darüber hinaus gehe, da lohnt sich das nicht mehr. **Und ich als Gemeinde habe einen Gewinn, wenn ich das verkleinere, selbst unter der Berücksichtigung, dass ich noch Kompensation zahle.** Das kann der Gemeinderat beschließen, und dann bekommt man auch eine politische Mehrheit. Denn die [große] Gemeinde als Ganzes hat einen Nutzen daraus. Sie wird es nur machen, wenn sie einen Nutzen hat. Wenn es insgesamt ihre Kosten erhöht, wird sie es nicht tun. (...) insofern wird dann das riesige Problem der Kommunikation, das es zweifelsohne gibt, innerhalb der Gemeinde gelöst. Im Streit im Gemeinderat lösen sie es. Sie rechnen den Leuten vor: Die eine Lösung kostet so viel, und die andere Lösung kostet so viel. Ähnlich funktioniert es doch in der Schweiz, wenn die ihre Abstimmungen machen. (...) dann sagen wir eben, der Bus fährt nicht mehr bis zum letzten Aussiedlerhof, sondern nur noch über die Hauptstraße, und für die letzten 2 km zum Hof sind die Leute selbst verantwortlich. Also ich denke, die Lösung, dass man größere Gemeindeeinheiten in einem funktionalen Raum braucht, ist

wichtig, um diese Überlegung einer differenzierten Daseinsvorsorge innerhalb des großen Gemeindegebietes umzusetzen. Dann muss man das individuell für jede Aufgabe einzeln durchdeklinieren. Das muss der Gemeinderat machen, und natürlich anhand von konkreten Zahlen ... das setzt Gebietsreform voraus. Das wird natürlich sehr schwer...

... und es setzt ein gewisses rationales Handeln voraus. Ich will jetzt nicht aus dem Nähkästchen plaudern. Aber ich glaube doch, dass das an große Barrieren hinsichtlich der Menschen stoßen würde ... **wir haben jetzt schon Probleme, noch Leute zu finden, die wir für eine Mitarbeit motivieren können. Als Kommunalpolitiker.** Es sagen viele: Wir sind doch nicht dafür da, den Leuten nur Geld aus der Tasche zu ziehen. Gestalten können wir nichts mehr, denn dann sitzt uns die Kommunalaufsicht im Nacken, denn alle Kommunen sind defizitär. Wenn das so weitergeht, ist unsere kommunale Selbstverwaltung am Ende.

Wenn Sie den Bürgermeister machen von unserer reformierten Gemeinde, dann möchte ich dort die Instrumentenministerin sein. Ich glaube, man muss diesen Prozess dann auch stützen. ›A‹ ist nicht das Problem, und ›B‹ ist nicht das Problem, sondern der Weg dorthin ist das Problem ... ein Riesenschaden wird entstehen durch die leer stehenden Einfamilienhäuser.

Zusätzlich möchte ich noch etwas zu der ›Instrumentenministerin‹ sagen: Wir haben doch in den Städten im Moment viele Instrumente mit angelsächsischen Namen, wie HID und BID, wo versucht wird, ein amerikanisches Denken und Steuersystem auf die deutschen Verhältnisse anzuwenden. Dahinter steht der Gedanke, dass man in solchen Selbstverantwortungsbereichen steuerliche Solidargemeinschaften bildet, die entscheiden, was sie gemeinsam finanzieren wollen. Es gibt den Gemeinderat, der für alles zuständig ist. Ich bin auch für die Selbstverantwortungsgemeinden. **Aber es gibt in diesen**

Gemeinden Bereiche, in denen über bestimmte Dinge von den Bewohnern selbst verantwortlich entschieden wird.

Warum soll so etwas, was im städtischen Raum erprobt wird, nicht auch für den ländlichen Raum gedacht werden?

Wir neigen schon dazu, uns vor dem Technischen zu verstecken. Ich behaupte, technisch kann man das alles machen. Das geht. Dann versuchen wir uns hinter dem Rechtlichen zu verstecken. **Doch auch rechtlich können wir alles machen. Wenn es besondere Situationen gibt, und die gab es in der letzten Generation zum Beispiel bei der Wiedervereinigung, dann geht vieles. [...] Man muss nur kreativ sein.** Man muss versuchen, die Leute mitzunehmen. Und man muss ihnen die Zahlen sagen. Wir können durchaus überlegen, den Rückzug zu organisieren. Z.B. mit Hilfe eines Lastenausgleichs? Wie beim Lastenausgleich nach dem Krieg. Jeder Bundesbürger zahlt soundso viel, und dann machen wir die kleinen Dinger alle dicht. Die Betroffenen kriegen aus dem Lastenausgleich einen Zuschuss, damit sie sich dann eine Wohnung in der Stadt kaufen. Und dann bleiben nur noch ein paar Leute auf dem Lande, Landwirte usw., die haben dann einen Hausbrunnen und ein Dreikammerklärsystem. Das wäre das eine Modell. Oder aber: Ist unsere siedlungskulturelle Struktur, nämlich ein vernetztes besiedeltes Land zu sein ... ist das eine so gute Struktur, dass wir unsere Kräfte einsetzen sollten, um sie zu erhalten?

Bei den Instrumenten habe ich den Verdacht, dass nicht der Innenminister, sondern der Finanzminister wichtig ist. **Wir müssen überlegen, ob man das nicht auch in das Steuersystem einbauen müsste ...** ich weiß allerdings nicht, was es für die Kommunen am Ende bedeutet, dass ein Teil der Einwohner weniger Steuern zahlt, weil sie sich auf bestimmte Veränderungen einlassen. Dann haben die Kommunen noch weniger Einnahmen. Ich hoffe, dass man dieses Innen-außen-Thema über steuerliche Finanzausgleiche unterstützen kann.

Es muss irgend einen Anreiz geben für diejenigen, die mehr für sich selbst verantwortlich sind.

Ich möchte eine Anmerkung zu den Steuern machen. Von der Raumplanung her sind wir doch Vorkämpfer für die Abschaffung der Entfernungspauschale, weil sie einen Anreiz zur Zersiedlung und damit in die falsche Richtung setzt. Wenn wir nun die Entfernungspauschale abschaffen, die die Peripherien unterstützt, und ihnen dann dafür eine andere Steuererleichterung geben, dann ist das nicht richtig schlau ...

... aber die müssen doch auch ihre Sickergrube bauen ...

... wenn ihnen die zentrale Kläranlage abgeklemmt wird, dann bekommen sie einen einmaligen Ausgleich. Aber ich bin nicht für dauerhafte generelle Steuererleichterungen.

*Offensichtlich führt eine solche Diskussion nach kurzer Zeit immer zu dem Ergebnis, dass die fantasievollen Lösungen leider nicht gehen. Es gibt immer viele gute Gründe, warum etwas nicht geht. Technische Probleme. Rechtliche Probleme. Politische Probleme. Aber wir sind hier zusammengekommen, um zu diskutieren, warum es doch gehen könnte. Eben wurde hier ein Modell lokaler Demokratie vorgestellt und in einem Nebensatz auf die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie und den vielen Volksabstimmungen verwiesen. **Stellen Sie sich nun eine Kommune vor mit 30.000 Einwohnern, und Sie können nun in dieser Kommune ein Modell zur politischen Diskussion stellen, das für die Kommune billiger ist, und das dazu führt, dass für 80 % der Bevölkerung alles im gewohnten Rahmen bleibt, wenn man bei 20 % im Außenraum harte Änderungen durchführt. Wenn dann 100 % abstimmen, bekommen Sie auch Mehrheiten für das Modell.** Und das zeigt, dass man bei der richtigen Anlage der Sache auch Mehrheiten bekommt. In unserem bisherigen System, in dem wir uns die großen Kommunen gar nicht vorstel-*

*len können, und in dem die indirekte Demokratie das Normale ist, erscheint uns das natürlich undenkbar. (...) Wir haben in der Diskussion von Anfang an gesagt, die Dinge sollen nicht von oben, von der staatlichen Ebene, vorentschieden werden. Sondern sie sollen von unten kommen. **Von der staatlichen Ebene erwarten wir nicht länger, dass sie die Probleme weg subventioniert.** Und wir erwarten von der staatlichen Ebene auch nicht, dass sie so dirigistisch ist wie ein Ceausescu in Rumänien, der dort die Menschen zwangsumgesiedelt hat. Also sind die Antworten vom Staat nicht zu erwarten, sondern sie müssen unten gefunden werden. Und wenn die Zuständigkeit nun unten angekommen ist, dann muss die untere Ebene so ausgestaltet sein, dass sie die Dinge finanzieren kann, und dass sie die Konflikte aushalten kann, um zu Lösungen zu kommen.*

*Die Fragen dieser Gebietsreformen sind schon ambivalent. Im Moment würde das vor Ort absolut abgelehnt werden. Die Gemeindegebietsreform, die bei uns vor 25 Jahren durchgeführt wurde, hat schon auch zu einer gewissen Entleerung der Verantwortlichkeit in den Gemeinden geführt ... Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir auf dem Weg wirklich weiterkämen. Ich habe mir jetzt überlegt: eine Gemeinde mit 30.000 Einwohnern ... Das würde für uns bedeuten, dass die Gemeinde 90 Ortsteile hätte auf rund 600 km² Fläche. Wir beobachten nach der alten Gebietsreform, dass Gemeinden entstanden sind mit einem relativ starken Kernort und fünf Ortsteilen, und andere Gemeinden mit 40 kleinen Ortsteilen. Und denen mit den 40 kleinen Ortsteilen geht es am schlechtesten. Weil sie das ganze Geld, obwohl sie relativ gute Einnahmen haben, in der Fläche vergraben haben. Deshalb ist die Neigung der funktionierenden Gemeinden nicht so groß, sich um 30 kleinere Ortsteile zu erweitern ... Wir reden hier über Selbstverantwortung und über Bürgergesellschaft. **Ich beobachte, dass es in den kleinen Gemeinden noch am besten funktioniert. Da kommen dann tatsächlich die 200 Bürger zusammen***

und stimmen ab. Da sieht man genau, wie das Ganze tickt ... Wenn das 30.000 Einwohner sind, geht das anders. Ich will damit nicht sagen, dass es nicht geht ... vielleicht muss man sich dann andere Strukturen überlegen. Vielleicht passt es in den europäischen Rahmen der Regionalisierung, ich weiß es nicht. Aber ich meine, es wird [bei so großen Kommunen] auch zu einem gewissen Kehraus kommen. Wir beobachten, dass die Sozialgemeinschaften auf den Dörfern schwächer geworden sind. Es gibt keinen Pfarrer mehr, und stattdessen ist die Zahl der Sozialpädagogen um das Dreifache angestiegen seit ungefähr 20 Jahren. Da kann man sich nun fragen, was ist die bessere Lösung. Also, man sollte das ganz gut abwägen ... also wenn Bürgergesellschaft, dann sollte man sich vielleicht doch auch andere [bürgernahe] Modelle überlegen. Ich bin mir nicht sicher, ob die Idee der Großkommunen das richtige Modell wäre.

Bevor man jetzt eine Gebietsreform diskutiert, und in die gleiche Falle läuft, wie bei den anderen Gebietsreformen ... also wenn man mit der technischen Frage der Gebietsreform anfängt, dann ist das auch eine Top-down-Diskussion ... Man muss sich doch erst einmal die Frage stellen: An was machen wir so eine gemeindliche Verantwortungspartnerschaft fest? Wann sind Leute eigentlich bereit, Verantwortung zu übernehmen? Man muss nicht abstrakt beginnen mit Begriffen wie mit ›mittelzentraler Verflechtungsbereich‹, sondern man kann doch fragen: Wer feiert zusammen Schützenfest? Welche Kulturlandschaften verbinden sich? Man müsste die Debatte etwas vom Raumplanerisch-Technischen, von den Christaller-Strukturen lösen ... Hinein in eine kulturelle Diskussion, in der man fragt, wer wäre bereit füreinander Verantwortung zu übernehmen und füreinander in die Bütt zu gehen? **Und was sind eigentlich die Bedingungen für Verantwortungsübernahme? Denn nur Menschen, die auch ein wenig Verantwortung füreinander übernehmen würden, sind auch bereit, schmerzhaft Aushandlungspro-**

zesse durchzustehen. Beispiel: Eine Flurbereinigung können Sie niemals auf gesamtgemeindlicher Ebene diskutieren. Das müssen die betroffenen Bauern unter sich ausmachen, und diesen Streit müssen sie führen. Die müssen sich in die Augen sehen können, und die müssen sich kennen. Weil Zugeständnisse macht man einander nicht, wenn man sich nicht kennt und möglicherweise 20 km voneinander entfernt lebt und nicht einmal den Namen kennt. Ich glaube, das darf man nicht unterschätzen. Da ist mir etwas unwohl, wenn wir erst über Gebietsreform diskutieren, und dann über die kulturellen Inhalte, die eigentlich eine Verantwortungspartnerschaft braucht.

Interessant war für mich die Idee, dass man es mit einer Territorialreform schafft, räumliche Einheiten zu erzeugen, in denen die Entscheidungen getroffen werden können und müssen. **Räumliche Einheiten, die dazu führen, dass man nicht mehr sagen kann: Das Problem liegt nebenan in der Nachbargemeinde oder beim Landkreis oder sonst wo, und wir vor Ort können gar nichts machen.**

Die Modelle, die wir hier in den Raum gestellt haben, sind schon vor dem Hintergrund der sehr dünn besiedelten Räume im Nordosten entwickelt worden, die ähnliche Siedlungsdichten haben wie in Skandinavien. Und nicht umsonst haben die Skandinavier auch auf das Modell mit den großen Kommunen gesetzt. **In Dänemark wurde auch vor wenigen Jahren eine Reform durchgeführt, bei der die Landkreise abgeschafft wurden und insgesamt ungefähr 90 große Kommunen in Dänemark gebildet wurden.** Dabei wurden, soweit ich weiß, auch staatliche Aufgaben auf die kommunale Ebene zurückverlagert. Und auch die Kreisaufgaben wurden weitgehend an die Kommunen gegeben. Zusätzlich hat man nur fünf Regionen geschaffen, die für das Krankenhauswesen, Teile der Regionalplanung und einige wenige andere Aufgaben zuständig sind.«

4.3 EIGENWERT DES LÄNDLICHEN RAUMES UND POLITISCHE REFORMBEREITSCHAFT

Weitreichende Reformideen lösen auch Zweifel an der eigenen Courage aus. Neben den vielen praktischen Hindernissen, die der Umsetzung von mehr Selbstverantwortung entgegenstehen (vgl. Kap 3.1 und 3.2) werden auch grundsätzliche Skrupel spürbar. Wird etwas kaputt gemacht? Wird ein Erbe zerstört? Nach diesem Muster verlief auch die Diskussion in Günne. Je deutlicher in der Diskussion die Modi von mehr kommunaler Selbstverantwortung herausgeschält wurden, desto deutlicher wurde auch die Tragweite der Veränderungen. Von da aus war es nicht weit zur Frage nach dem Eigenwert des ländlichen Raumes. (Was ist der Wert des ländlichen Raumes. Was lassen wir uns ihn kosten?)

Schon in der Diskussion über Großkommunen bzw. Territorialreformen war auf die aktiven demokratischen Strukturen in kleinen überschaubaren Einheiten hingewiesen worden. Dieser Gedanke wurde in der nächsten Diskussionsrunde aufgegriffen. Nachbarschaften, lokale Solidarität, Ortsbezogenheit und Verantwortung für das Gemeinwohl werden als besondere ländliche Qualitäten gesehen, an denen man sich sogar in städtischen Quartieren bei Stadtumbauprozessen orientiere. (»Es ist hier gesagt worden, dass es auf dem Land noch Systeme der Selbstverantwortung gibt, die in sich funktionieren. Man versucht sogar, diese Modelle in städtischen Kontexten nachzuahmen, in den Quartierszusammenhängen. Man versucht dort, Nachbarschaften zu bilden.«) Solche Qualitäten würden durch die angestrebten Veränderungen zerstört. (»Es gibt auch gerade in den kleinen Orten eine unwahrscheinliche Gestaltungskraft und einen Selbstverwaltungswillen, den ich durch ein solches Abhängen auch komplett sterben lassen würde.«) Solche Thesen von der Leistungsfähigkeit ländlichen Lebens lassen sich mit vielen Geschichten belegen und lösen große Emotionen aus. (»[Wir brauchen Verfahren, um] eine solche Debatte zu entemotionalisieren, weil sie einfach sehr emotional geführt wird. Das sieht man auch gerade hier in den letzten Minuten«.)

So schält sich eine Doppelaufgabe heraus, die die Balance zwischen dem Reformziel »mehr Selbstverantwortung« und dem Bewahungsziel »Sicherung des ruralen Erbes« einlösen muss. (»Also ich glaube, wenn man über zukunftsorientierte Modelle nachdenkt, dann muss man auf der einen Seite eine ganz starke Vereinfachung der Administration haben: Es muss billiger werden, es muss einfacher werden, es müssen weniger Ebenen werden! Auf der anderen Seite haben wir solche Begriffe wie Heimat, was das ›selbst gestalten‹ impliziert, und Identifikation Kulturlandschaft. Das sind alles Dinge, die wird man in einem großkommunalen Rahmen nicht mehr haben ... das heißt, die Frage ist, wie kann ich dort Ebenen zusammenbringen?«)

Der zweite große Zweifel macht sich generell an der »politischen Reformbereitschaft« fest. Es besteht die Sorge, dass man zwar in Wissenschaft und Feuilletons über die umfassenden Anpassungsbedarfe in den dünn besiedelten ländlichen diskutieren können, ohne diesen Diskurs jedoch in »die große Politik« hineinragen zu können. Nahezu jeder kann persönliche Geschichten von Bundes- und Landespolitikern oder Staatssekretären berichten, die von einer – vorsichtig gesprochen – eher distanzierteren Haltung zu den hier diskutierten Reformideen zeugen. (»Insofern stelle ich mir die Frage, ob wir nicht über etwas reden, was schon längst im Gange ist, aber gar nicht mehr von uns gesteuert werden kann. Und ob es jemanden gibt, der nur ansatzweise bereit ist, auf der politischen Seite die Verantwortung zu übernehmen.«) Andererseits laufe die Entwicklung in eine eindeutige Richtung unabhängig von der Reformbereitschaft der »großen Politik«. Insofern müsse man sicherlich auf der kommunalen Ebene in den vom demographischen Wandel betroffenen Räumen den Diskurs führen, denn dort drängen die Probleme, und dort sind Antworten für einen neuen Alltag zu finden. Der mit der Zeit zunehmende Handlungsdruck und ein auf Fakten statt Emotionen basierter Diskurs können dabei helfen.

AUSSCHNITT AUS DER DISKUSSION

»Das läuft dann auf die Frage hinaus: Wer ist es wert, erhalten zu werden und wer nicht? Und das führt zurück zu der Frage: Was ist der Wert des ländlichen Raumes. Was lassen wir uns ihn kosten?

Oder wollen wir uns ein Stückchen Karpaten in Deutschland leisten? ... Weil in der Vergangenheit immer alles ganz gleich und gepflegt war, muss es ja nicht in Zukunft weiter so sein. Was hindert uns daran, anders zu denken? [...] Ich glaube, das ist eine Debatte, die man sehr grundsätzlich führen müsste. Aber es darf sicherlich nicht dazu kommen, dass ein großer Runder Tisch entscheidet, wo sind nun die Karpaten. Wenn das dann per *ordre de Mufti* entschieden wird. Das führt dann zu solchen Krämpfen, wie sie die vergangenen Gemeindereformen schon geschaffen haben.

Mich treibt immer noch die Frage, die vorhin gestellt wurde: Welchen Wert hat der ländliche Raum beziehungsweise hat die bestehende Struktur? Misst man dem ländlichen Raum gesamtgesellschaftlich einen Wert oder eine Funktion bei, die ihn gesamtgesellschaftlich unterstützenswert macht? Es ist hier gesagt worden, dass es auf dem Land noch Systeme der Selbstverantwortung gibt, die in sich funktionieren. Man versucht sogar, diese Modelle in städtischen Kontexten nachzuahmen, in den Quartierszusammenhängen. Man versucht dort, Nachbarschaften zu bilden. Dinge, die wir im ländlichen Raum typischerweise noch haben. Warum hat man das im ländlichen Raum? Weil man sich noch als Gemeinschaft empfindet. [...] Es gibt auch gerade in den kleinen Orten eine unwahrscheinliche Gestaltungskraft und einen Selbstverwaltungswillen, den ich durch ein solches Abhängen auch komplett sterben lassen würde.

Also ich glaube, wenn man über zukunftsorientierte Modelle nachdenkt, dann muss man auf der einen Seite eine ganz starke Vereinfachung der Administration haben: Es muss billiger werden, es muss einfacher werden, es müssen weniger Ebenen werden! Auf der anderen Seite haben wir solche Begriffe wie Heimat, was das ›selbst gestalten‹ impliziert, und Identifikation, Kulturlandschaft. Das sind alles Dinge, die wird man in einem großkommunalen Rahmen nicht mehr haben ... das heißt, die Frage ist, wie kann ich dort Ebenen zusammenbringen? ... [Fakt ist allerdings auch: Die Kommunalverwaltungen im ländlichen Raum arbeiten am Limit.] Aber ich würde nicht ohne Not diese untere Ebene aufgeben wollen. Weil ich glaube, dass das tatsächlich die Kraft des ländlichen Raumes ist.

Die Frage war schon: Können wir uns das leisten, unsere alten Strukturen aufrechtzuerhalten, oder müssen wir aus möglicherweise ökonomischer Einsicht sagen: Freunde, in den nächsten 20 Jahren bekommt ihr noch Zuschüsse, aber danach können wir euch nicht mehr helfen. **Wir haben zwei extreme Positionen zur Diskussion gestellt, und es gibt natürlich noch haufenweise Entwicklungsspielräume dazwischen. Aber nur mit den Extrempositionen wird die Herausforderung klar.**

Aber vielleicht kann man über eine solche Diskussion auch etwas sanfter sprechen, indem man diese Prozesse degressiv begleitet. Es gibt ja auch Zwischenwege. Ich will erst einmal Grunddaten beschaffen, um eine solche Debatte zu entemotionalisieren, weil sie einfach sehr emotional geführt wird. Das sieht man auch gerade hier in den letzten Minuten. Also: dass man sich Gedanken macht über reale Haushaltsgrößen, Altersstrukturen und dann zu natürlichen Entwicklungen kommt... Dann kommt vielleicht heraus, dass ein Ortsteil, der heute noch 80 Einwohner hat, in 20 Jahren vielleicht 40 Einwohner hat. Und vielleicht kommen die Kommunalpolitiker

dann zur Erkenntnis, dass solche Ortsteile dann wirklich nicht mehr wirtschaftlich zu versorgen sind. Also muss man deren Rückentwicklung degressiv, aber trotzdem unterstützend, begleiten.

Ich glaube schon, dass es einer normativen Grundposition bedarf. Und die ist politisch. Und die kann man sich nicht mit Daten erarbeiten. Das Ergebnis kann für jeden Ort anders sein. Aber die Grundhaltung ist nicht zunächst eine technische Frage. Das haben wir 20 Jahre gemacht, dass wir gesagt haben, wir müssen uns erst Zahlen holen, bevor wir politisch entscheiden können. Und das ist für mich nicht die richtige Auffassung für die Zukunft ...

Es gibt ja schon den Prozess der Veränderung. [...] Wir haben schon die Bauern, die ihre Höfe aufgeben müssen. Wir haben die jungen talentierten Frauen, die nicht auf dem Land bleiben wollen. Die gehen weg. Wir haben schon die Wegzüge in die Orte, wo noch Arbeit ist. Wir haben das alles schon. [...] Insofern stelle ich mir die Frage, ob wir nicht über etwas reden, was schon längst im Gange ist, aber gar nicht mehr von uns gesteuert werden kann. Und ob es jemanden gibt, der nur ansatzweise bereit ist, auf der politischen Seite die Verantwortung zu übernehmen? [...] Wir hatten einen Staatssekretär in der Initiative, und er war der erste, der sich überhaupt aus dem politischen Raum der Diskussion gestellt hat ... dass er das nun in gewissen Kreisen überhaupt diskutieren darf ... dass er akzeptieren muss, dass nicht alles erhalten werden kann.

Ich gebe Ihnen recht damit, dass es nicht viele Zirkel gibt, die das so diskutieren. Es ist selbstverständlich, dass es da draußen ganz hart zugeht und so passiert. Und wir eigentlich im Moment aus einer Verantwortlichkeit heraus diskutieren: Kann man das besser organisieren? Geht das schneller? Das ist genau das, was ich vorhin sagen wollte. Dass man

diesen Prozess, der schon stattfindet, degressiv begleiten muss. Ich möchte gerne mal ein Bild heraufbeschwören: Ich rede jetzt mal von Wüstungen als extremes Endszenario. Man hat ein Dorf mit vielleicht 100 Häusern, und davon steht nun jedes zweite oder dritte leer. Das muss man sich mal bildlich vorstellen. **Und am Ende leben dort vielleicht noch drei Leute, und für die werden aber 10 km Kanäle gespült und Wasserleitung vorbehalten ... all das, was der Rechtsstaat so vorsieht.** Es ist doch die Frage, ob man solche Prozesse, die teilweise unaufhaltsam sind ... und wir sehen die doch, wenn wir durch die Lausitz fahren oder durch Mecklenburg-Vorpommern fahren ... da muss ich tatsächlich fragen, ob man solche Prozesse abfedern kann? Verträglich gestalten kann? Wenn man ein solches Extremszenario diskutiert und aufzeigt, dann kann man die Diskussion um Gemeinden und Selbstverantwortungsräume ganz anders führen. Weil sie dann dafür nämlich eine gute Alternative sind.«

5 ▶ AUSBLICK

Die Montag Stiftungen wollen anstiften. Mit Haus und Garten in Möhnese-Günne bietet sie Räume für den Diskurs über Themen und Probleme, die gerne verdrängt werden, noch nicht aktuell sind und gleichwohl für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Städten und Siedlungen und das sozio-kulturelle Raumgefüge in unserem Land Bedeutung haben oder bekommen werden.

Der hier dokumentierte Diskurs soll anregen und Kräfte mobilisieren, um vor Ort im ballungsfernen ländlichen Raum die eigene Zukunft der örtlichen Gemeinschaft zu sichern oder – im Extremfall – über den Rückzug in überlebensfähige Siedlungsstrukturen nachzudenken und ihn zu planen. Zwischen Sicherung und Rückzug gibt es viele Zwischenstände. Sicherung und Rückzug können zeitgleich verlaufen. Der Parameter Zeit spielt für den Einzelnen und für die Gemeinschaft eine wichtige Rolle.

Der hier dokumentierte Diskurs soll die gewählten Verantwortlichen in der Gemeinde vor Ort – in Zukunft vielleicht immer häufiger ein Zusammenschluss aus vielen Dörfern und einer Kleinstadt – anregen und ihnen Mut machen, vorherzudenken und tragfähige Wege für ihre Kommune in die Zukunft zu finden. Das erfordert insbesondere Überlegungen und solidarische Hilfe für Siedlungen, in denen öffentliche Infrastrukturen nicht aufrecht zu erhalten sind.

Der hier dokumentierte Diskurs soll die Verantwortlichen in Bund, Land und Landkreisen sensibilisieren, sich mit der Zukunft des peripheren ländlichen Raums aktiv auseinanderzusetzen. Dieses Thema zu verdrängen hieße auch, finanzielle Ressourcen zu vergeuden, anstatt sich rechtzeitig für zukunftsfähige Lösungen einzusetzen.

Der hier dokumentierte Diskurs soll Medien anregen, dieses Thema an Betroffene heranzutragen, um sie aufzuklären und eigenverantwortlich für ihre Zukunft zu planen.

Sigurd Trommer

Vorstand Denkwerkstatt der Montag Stiftungen

6 ◀ IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Montag Stiftung Urbane Räume gAG
Adenauerallee 127
53113 Bonn
Tel: 0 228-26 716-470
urbaneraeume@montag-stiftungen.de
www.montag-stiftungen.de

Denkwerkstatt der Montag Stiftungen gAG
Adenauerallee 127
53113 Bonn
Tel: 0 228-26 716-221
denkwerkstatt@montag-stiftungen.de
www.montag-stiftungen.de

KONZEPTION, DURCHFÜHRUNG UND DOKUMENTATION DER WERKSTATT

Jürgen Aring
BFAG (Büro für Angewandte Geographie)
Klosterstr. 84
53340 Meckenheim
Tel: 0 22 25-94 70 23
Fax: 0 22 25-94 70 24
aring@t-online.de
www.bfag-aring.de

REDAKTION

Jürgen Aring
Frauke Burgdorff
Sigurd Trommer

FOTOS

Abb. 1 – 3: Niklas Wever

GRAFIKEN

Abb. 4 – 6: Tristan Lannuzel, FG Stadt- und Regionalplanung,
Universität Kassel

Jürgen Aring

SATZ UND LAYOUT

laborb designbüro, Ruhrgebiet

DRUCK

DruckVerlag Kettler, Bönen

Bonn, im April 2011